

Timo Lorenz, KONTRA-Chefredakteur

Liebe Leserinnen und Leser,

"Der Klimawandel existiert nicht." "Die Globale Erderwärmung ist ein totaler, und sehr teurer, Scherz." Solche Zitate von US-Präsident Donald Trump lassen sich zwar zuhauf finden, allerdings musste auch er – nach mehreren Jahren des Zweifelns – vor wenigen Wochen einsehen, dass der Klimawandel Realität ist. Als Jusos sind wir uns dieser wichtigen Herausforderung unserer Zeit schon länger bewusst und sehen es als unsere Aufgabe an, uns dieser zu stellen. Im Einklang mit der zentralen Thematik der Jusos Baden-Württemberg in diesem Arbeitsjahr, "Wir haben nur einen Planeten – unsere ökosoziale Wende", begleitet das KONTRA über alle Rubriken hinweg die Arbeit des Landesverbandes inhaltlich und setzt sich mit der ökosozialen Wende auseinander.

Die Erleuchtung des US-Präsidenten ist nicht das einzige, das sich in den letzten Wochen verändert hat. Mit dem Ausscheiden von Sebastian Schöneck, der das KONTRA maßgeblich zu dem gemacht hat, was es heute ist, stand die Wahl einer frischen Redaktion an. Mit zwei bewährten und einer erheblichen Zahl an neuen Kräften werden wir die Konzepte, Ideen und Positionen der Mitglieder unseres Landesverbandes nach außen tragen.

Dabei werden wir auch weiterhin im digitalen Bereich mit dem Online-Blog den Raum für kontroverse inhaltliche Debatten bieten, die auch abseits der großen Bühnen Aufmerksamkeit bekommen und durch das KONTRA TV unser Engagement in Bild und Ton zeigen. Für uns ist darüber hinaus klar: Das KONTRA wird auch weiterhin schwarz auf weiß zu euch nach Hause kommen. Der Printbereich ist und bleibt das Kernstück des KONTRAs. Gerade bei unserem Online-Blog seid aber auch ihr gefragt. Haut in die Tasten und äußert eure Meinung, beteiligt euch an den Debatten. Schließlich bietet das KONTRA für alle Jusos in unserem pluralistischen Verband ein Forum, um verschiedene Perspektiven, Standpunkte und Herausforderungen in all ihren Facetten zu diskutieren.

In diesem Heft stehen, neben den gewohnten Neuigkeiten aus dem Verband, vor allem Entwicklungen außerhalb im Fokus. Unser SPD-Landesvorsitzender, Andreas Stoch, gibt Einblicke in seine politischen Vorstellungen zur Zukunft unseres Bundeslandes. Mit einem Beitrag zu einem italienischen Dorf, welches trotz Integrationserfolge leidet, sowie einem kritischen Kommentar zu Macrons neuer Plattform und einem Ausblick auf die Auswirkungen der Midterm-Elections in den USA, haben wir auch internationale Themen mit im Gepäck.

Zudem rückt die Kommunalwahl immer näher. Fünf Personen, die im Juso Alter in kommunale Parlamente gewählt wurden, lassen uns an ihrem Erfahrungsschatz teilhaben. Desweiteren beschäftigen wir uns mit den Grundsätzen visueller Wahlkampfführung und wie wir Bilder verantwortungsvoll und zielführend im Wahlkampf einsetzen können.

Ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen!

Euer

Timo Lorenz

Titelbild:
HoliHo /
pixabay.com, CC-Lizenz (CCO)

# ÖKOSOZIALE WENDE?

### **IM VERBAND**



- **06 Politikwerkstatt 1.0 in Heilbronx** Jamie Day & Mareike Hund
- **07 Juso Neumitgliederseminar in Freudenstadt**Jan Rahner
- 07 Termine
- 08 Unterstützung des Landtagswahlkampfs bei den Jusos Hessen-Süd Fabian Köppen
- 09 Schorschipp: Gossip vom Schorsch
- 11 BuKo-Bericht
  Julius Noah Siebert
- 13 Rollentausch
  Johanna Quattlender
- 13 Wir sind mehr Johanna Quattlender

### **IM LÄNDLE**



- 14 Anregungen für einen erfolgreichen Kommunalwahlkampf KONTRA-Redaktion
- 16 Wenn Goliath bremst und David weiterkämpft der Kampf gegen den Klimawandel auf kommunaler Ebene David Schwarz
- 17 Interview mit Andreas Stoch
  David Schwarz
- 18 Grün-Schwarzer Stillstand in der Hochschulpolitik Niklas Anner
- **20 Die Zukunft der Mobilität** Jamie Day
- 21 Unverpackt, Mitgebracht, Selbstgemacht Tipps für ein plastikfreies Leben Vanessa Bossler
- **22 Die Macht der Bilder visueller Wahlkampf** Stefanie Rapp



- **24** Braunkohlekraft Nein, danke! Max Nothaft
- **25 Zeit für eine Energiewende!**David Schwarz
- **26 Diese Seite konnte leider nicht geladen werden...** Victoria Marciniak
- **27 Der Klimawandel in Zeiten von Fake-News**Adrian Pelz
- **29 Die gesunde Tiefkühlpizza** Adrian Pelz

## Die Spharen ernteil bewerzugen zu stellen das Gegenteil bewerzugen zu stellen wollen das Gegenteil bewerzugen zu stellen wollen gebeten, die Fragen immer stellen gebeten, schon immer stellen gebeten.

Es war mir letzlich egal, zu welchem Flügel jemand gehört, weil für mich immer im Mittelpunkt stand, dass wir alle Sozialdemokrat\*innen sind. Andreas Stoch im KONTRA-Interview, direkt nach seiner Wahl zum SPD Landesvorsitzenden

### **EU / INTERNATIONAL**



- 30 Wie in einem 2000-Seelen-Dorf europäische Werte begraben wurden Jule Simon
- 33 Der Schnee schmilzt immer weiter Vanessa Bossler
- **34 Quel Malheur!** Sebastian Schöneck
- 36 The Blue Wave? Lukas Hornung



### Politikwerkstatt 1.0 in Heilbronx

Am 6. und 7. Oktober 2018 fand unsere erste Politikwerkstatt in Heilbronn statt. Dort brachten wir, eine Jugendorganisation mit Tatendrang, unsere auf der LDK gesetzten Themen aus dem diesjährigen Arbeitsprogramm ins Spiel. Unsere beiden freien Redakteure Jamie Day und Mareike Hund (beide Kreisverband Heilbronn) geben einen Einblick.

Vor allen anderen Themen beschäftigte uns die Frage nach der Zukunft unseres Planeten. Wie im Arbeitsprogramm festgesetzt, bildeten wir zwei Arbeitsgruppen, um die Frage näher zu beleuchten. Eine davon beschäftigt sich unter dem Titel "Hier bei Uns" mit dem Aspekt der ökosozialen Wende in Deutschland. Wir thematisierten, wie diese aktuell aussieht, wie sie aussehen sollte und wie wir sie als Jusos Baden-Württemberg gestalten wollen.

Einer der ersten Workshops befasste sich mit der "Buga", der Bundesgartenschau, welche 2019 in Heilbronn stattfindet. Bei der Diskussion rund um die Buga merkten alle Teilnehmer\*innen schnell, welche Chancen und Möglichkeiten die Buga der Stadt Heilbronn eröffnet. Vom Ausbau des ÖPNV, über mehr geförderten Wohnraum und mögliche Treffpunkte für Jugendliche – die Buga lässt Gutes für die ökologische und kulturelle Zukunft der Stadt erahnen.

Zeitgleich fand der Workshop "Eine unbequeme Wahrheit - Folgen des Klimawandels" statt. Dieser beinhaltete die zweite Arbeitsgruppe "In der Welt" unseres Arbeitsprogramms. Sie soll sich, mit der Frage beschäftigen, wie wir Antworten auf die globalen Herausforderungen des Klimawandels finden können. Um das zu schaffen, müssen wir den Ernst der Lage vollumfänglich erkennen, der Problematik auf den Zahn fühlen und Allem voraus Strategien entwickeln um die Gesellschaft für dieses große Thema zu sensibilisieren. Ziel muss es abschließend sein, die von der Politik gesetzten Klimaziele zu erreichen.

### DIE BUGA 2019

Nach dem Mittagessen in der Jugendherberge, bei dem die Buga erneut auf der Tagesordnung stand folgte der Rundgang über das große Buga-Gelände, geführt von Jan Fries, Mitarbeiter der Bundesgartenschau Heilbronn 2019 GmbH, bei dem wir einen beeindruckenden Einblick über das gesamte Gelände, einschließlich den Häusern und dem neu angelegten See bekommen haben.

Auch gab er uns Einblicke, wie eine moderne, digitale Stadt der Zukunft aussehen kann, in der mehr durch intelligente Roboter gesteuert wird und welche zugleich ökologisch ist. Außerdem zeigt er auf, inwieweit bereits heute versucht wird, dies bei neuen Stadtvierteln, die durch die Buga in Heilbronn entstehen, umzusetzen. Unsere Fragen rund um das Thema Bundesgartenschau kamen dabei nicht zu kurz.

Nach dieser Führung folgten die nächsten zwei Workshops: "Von A nach B-die Zukunft der Mobilität" und "Was soll der Stress? - Anpassung als Lösung für den Klimawandel". Hier wurde intensiv über Lösungsansätze für die beiden Themenproblematiken diskutiert und viele gute, mögliche umsetzbare Ansätze und Ideen erörtert.

#### Vernetzungstreffen

Nicht nur Inhalt ist in unserem Arbeitsprogramm untergebracht, auch wie unsere Zusammenarbeit untereinander aussehen soll. Nämlich die direkte, enge und gute folge der Stadt Heilbronn in den Bereichen Kultur, Bildung und Innovation vor und stand im Nachhinein für Rückfragen und Diskussionen zur Verfügung.

#### **WORK HARD, PARTY A BIT**

Wie bei allen Veranstaltungen des Landesverbandes, durfte der spaßige Feieranteil nicht zu kurz kommen. Deshalb ließen wir den Abend bei der Kulturnacht-Party des Heilbronner Jugendstadtmagazins HANIX in der Innovationsfabrik in Heilbronn ausklingen.

#### **NEUER TAG. SAME POLITICS**

Auch am zweiten Tag starteten wir voll durch. Nach dem Frühstück verteilten wir uns für die zwei nächsten und leider auch letzten Workshops für die erste Politik-



Zusammenarbeit mit den Juso-Hochschulgruppen und den Juso Schülerinnen und Schülern. Deswegen haben wir gerne Zeit für ein Vernetzungstreffen der beiden Gruppen bereitgestellt. So konnten wir uns untereinander besser kennenlernen und über die Arbeit der Landeskoordinator\*Innen erfahren.

### KAMINGESPRÄCH

Nach dem Abendessen folgte ein Kamingespräch mit dem SPD-Oberbürgermeister Harry Mergel – dachten wir, doch auf einmal stand Lars Castellucci, frisch gebackener Kandidat für den SPD-Landesvorsitz in Baden-Württemberg, vor der Tür um seine Beweggründe und Pläne für die Zukunft unserer Mutterpartei zu erläutern. Nach diesem überraschenden Besuch folgte dann Harry Mergel. Er stellte uns die Er-

werkstatt.Für den ersten Workshop "Öko muss nicht grün sein!" wurde Gabi Rolland MdL als Referentin eingeladen, die mit einem Input zur Position der badenwürttembergischen Landtagsfraktion die Diskussion einleitete. Schnell kristallisierte sich unsere Forderung "für jeden Euro in den Straßenbau muss mindestens ein Euro in den ÖPNV investiert werden" heraus.

Der parallel stattfindende Workshop beschäftigte sich mit dem Thema: "Der Mensch als Feind - Das Artensterben und seine Folgen".

Nach der letzten Workshop-Phase endete der zweite Tag mit einer Feedbackrunde, bei der vor allem Lob zu hören war.

> Jamie Day & Mareike Hund KONTRA-Redaktion

### JUSO-Neumitgliederseminar in Freudenstadt

Am 20. und 21. Oktober 2018 trafen sich einige der frischen Gesichter der Jusos-BW in der Jugendherberge Freudenstadt zum Neumitgliederseminar. Dieses vom Juso-Landesvorstand regelmäßig veranstaltete Seminar dient den neuen Mitgliedern der Jusos-BW dazu einen Überblick über die Parteistrukturen zu erhalten, Wege der Partizipation kennenzulernen sowie sich mit anderen Jusos zu vernetzen und auszutauschen, wobei der Austausch und die Diskussion aktueller politischer Themen ebenfalls nicht zu kurz kommt. Jan Rahner (Kreisverband Rastatt/Baden-Baden), selbst erst im April 2018 eingetreten, berichtet.

#### Parteistruktur und Grundwerte

ach der Ankunft der Teilnehmer\*innen am Veranstaltungsort und einer ersten Begrüßung durch die Mitglieder der Landesvorstandes Farah, Falco und Jon folgten auf das gemeinsame Mittagessen erste Workshops die unteranderem die Struktur der Jusos und Grundwerte

der Teilnehmer\*innen in den Mittelpunkt stellten. Einer der ersten Workshops drehte sich um die Struktur unserer Parteijugend. Dabei wurden allen Neumitgliedern auch die teilweise auf den ersten Blick etwas verwirrenden Kürzel der jeweiligen Parteigremien nähergebracht, welche auf den zweiten Blick doch mehr als einleuchtend und logisch wahrgenommen wurden. So wurden unter anderem die obersten Entscheidungsgremien der Jusos-BW, die Landesdelegiertenkonferenz (LDK) und der Landesausschuss (LA), erläutert. Ebenso angesprochen wurde der Landesvorstand (LaVo), der die interne Arbeit

der Jusos koordiniert und unsere Parteijugend nach außen vertritt, und die einzelnen Kreisverbände (KV), die letztendlich die Basis der Jusos BW bilden. In einem weiteren Workshop lag der Fokus dann auf den individuellen Grundwerten der Seminarteilnehmer\*innen, die zusammen mit den individuellen Werten der anderen Jusos die Grundwerte der Jusos ausma-

> chen. Dabei kamen insbesondere auch die jeweiligen Motive der Teilnehmer\*innen zu Gespräch, die sie veranlasst hatten in die SPD beziehungsweise in die Jusos einzutreten. Eine interessante Sammlung Beweggründen für den Eintritt kam dabei zusammen, wie etwa das Erfahren Ungleichsozialer heit im persönlichen Umfeld, der rechtsgerückte politische Diskurs oder die Unzufriedenheit über die Mitgliedschaft in

anderen Parteien.

### Austausch mit Saskia Esken

Im Laufe des Nachmittags besuchte Saskia Esken, SPD-Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Calw/Freudenstadt, das Neumitgliederseminar, stellte sich den Fragen der Teilnehmer\*innen und erzählte von ihrer Arbeit im Bundestag und der Fraktion. Dabei kamen insbesondere die Debatte um die GroKo, wie auch Themen rund um Digitalisierung und Breitbandausbau auf den Tisch. Saskia bezog zu allen Fragen und Beiträgen umfangreich Stellung und erfreute alle Anwesenden mit ihrer Anwesenheit und ihrer Austauschbereitschaft.

#### **Ereignisreicher Abend**

Gemütlich zusammensitzen, über Lebenserfahrungen und über die allgegenwertige Politik zu diskutieren, gemeinsam etwas trinken und einfach nur Spaß haben kommt bei den Jusos bekanntlich nicht zu kurz, ebenso auf dem Neumitgliederseminar. Gemütlich saß man abends in den Räumlichkeiten zusammen und stellte aktuelle politische Themen in den Mittelpunkt. Von anderen anwesenden Jugendgruppen in der Jugendherberge wurde man herzlich in die Abendaktivitäten aufgenommen. So fanden sich fast alle Teilnehmer\*innen bald inmitten von internationalen Gruppentänzen wieder, sangen mit anderen Jugendlichen am Lagerfeuer oder unterhielten sich mit den neuen Bekanntschaften innerhalb und außerhalb des Juso-Kreises.

### Der rhetorische Abschluss

Der zweite Tag des Seminars startete nach dem Frühstück mit einem ausführlichen Rhetorik-Workshop. Gecoacht durch die LaVo-Mitglieder bereiteten die Teilnehmer\*innen in Zweiergruppen kurze Redebeiträge im pro-contra Schema zu diversen Themen vor. Anschließend konnten alle den jeweiligen Reden über Themen wie etwa "Die Pizza muss eckig werden!" oder "Wir brauchen eine Hüpfburg im Pausenhof der Schule!" zuhören und Feedback über die jeweilige Rhetorik geben.

Abschließende Worte und ein Résumé durch jede\*n Teilnehmer\*in schlossen dann gegen Mittag das Seminar.

> Jan Rahner KV Rastatt/Baden-Baden

## **TERMINE**

22./23. Februar Politikwerkstatt II 23./24. März

**WIR Kongress** 

11./12. Mai Neumitgliederseminar II

22./23. Juni LDK Böblingen

## Unterstützung des Landtagswahlkampf bei den Jusos Hessen-Süd

Einige Jusos aus Baden-Württemberg sind zur Unterstützung des Landtagswahlkampfes nach Hessen gefahren, unter ihnen auch Fabian Köppen (Kreisverband Tübingen). Welche Bilanz er nach dem uns heute bekannten Wahlergebnis zieht, berichtet er in diesem Beitrag.

ine gefühlte Dauerregierungskriese hat sich über unser Land gelegt. Unsere Bundesregierung, in welche wir nach langem Zögern und einem Mitgliedervotum eingetreten sind, beschäftigt sich gefühlt nur mit einem: Sich selbst. Umfrageergebnisse von 29 oder gar 30 Prozent liegen Monate zurück. Aktuell bewegt sich die SPD bei um die 15 Prozent. Bei der Bayernwahl errangen wir nur noch ein einstelliges Ergebnis. Als wäre das nicht genug, stellt die SPD im neu gewählten Landtag die nunmehr zweitkleinste Fraktion. Nur noch die in Bayern traditionell schwachen Freien Demokraten sind schwächer im Landtag.

Genau um dieser Ohnmacht zu entfliehen, sind wir, sechs Jusos aus ganz Baden-Württemberg, nach Darmstadt gefahren, um dort, mit Jusos aus der ganzen Republik, für Thorsten Schäfer-Gümbel und die Direktkandidat\*innen dort, Cathrin Geier, Tim Huss und Bijan Kapfenberger, Wahlkampf zu machen. Beim genaueren Blick auf unsere Direktkandidat\*innen vor Ort fällt auf, dass alle drei, untypisch für die SPD, noch ziemlich jung sind. Das ist jedoch nicht das einzige Argument, um sie zu unterstützen. Viel mehr sind alle drei höchst engagiert und glaubwürdig.

### Wahlkampf in Darmstadt

In Darmstadt angekommen, haben wir beim Tür-zu-Tür-Wahlkampf, an Infoständen sowie beim Flyer verteilen um jede einzelne Stimme geworben. Heute wissen wir, dass die SPD auch in Hessen ein historisch schwaches Ergebnis eingefahren hat. Thorsten Schäfer-Gümbel hat es auch im dritten Anlauf nicht geschafft Ministerpräsident zu werden, und aller Voraussicht nach sind die Grünen an der SPD vorbeigezogen. War der ganze Aufwand am Ende umsonst?

Nein, denn heute steht das amtliche Endergebnis immer noch nicht fest, nicht einmal 100 Stimmen trennen die Grünen und Sozialdemokraten. Bijan hat überraschend seinen Wahlkreis, welcher eigentlich schon der CDU zugerechnet wurde, gewonnen. Für Tim und Cathrin hat es knapp nicht gereicht, beide haben jedoch im Landesvergleich sehr starke Erststimmenergebnisse geholt. Dies zeigt für uns Sozialdemokrat\*innen: Am Ende kommt es auf jede Stimme an. Eine Haustür mehr besucht, ein Flyer mehr verteilt, das kann schon den Unterschied machen. Das gilt es für die Europa- und Kommunalwahl nächstes Jahr mitzunehmen. Kämpfen lohnt

> **Fabian Köppen** KV Tübingen





### **Schorschipp**

GOSSIP – das ist Gerede, Getratsche, Klatsch und Tratsch. Auf schwäbisch: Gschwätz. Und davon gibt es in einem lebhaften Jugendverband natürlich jede Menge. Höchste Zeit, dass sich endlich wieder mal jemand all der spannenden Nebensächlichkeiten annimmt. Deswegen gibt s jetzt den Gossip vom Schorsch. Kurz: den "Schorschipp"

ine neue Ausgabe des KONTRAs in euren Händen und der Schorsch muss sich ∎erst einmal umgewöhnen. Nach dem neuen Landesgeschäftsführer im April, gab's im Juni eine neue Landesvorsitzende, einen neuen KONTRA-Chefredakteur im September. Und als wäre das nicht genug, wurde im November noch ein neuer SPD-Landesvorsitzender gewählt. Und wer hat Schuld daran? Das Social-Media Team. Denn wenn man einigen Kommentatoren (ja, ausschließlich Männer) glauben schenkt, betreibt das SM-Team "psychologische Kriegsführung mittels Photoshop". Der Schorsch ermittelt noch, wie viele Personen durch das Platzieren von Gesichtern auf Sharepics umgestimmt wurden.

Apropos Social-Media, der Schorsch musste sich schon mehrmals die Augen reiben, als er den Social-Media Auftritt der Landespartei nach Lars Castelluccis Kandidaturerklärung sah. Träumte er oder ist die alte Tante wirklich im 21. Jahrhundert angekommen? Oder vielleicht ist Leni Breymaier mit dem Motto "Instagram Boomerangs for president" in den Ring gestiegen? Sei es wie ist, das Mitgliedervotum schafft die merkwürdigsten Geschichten: Kevin Kühnert würde Leni wählen, oder halt stopp, vielleicht auch nur, wenn er wahlberechtigt wäre. So oder so, die Boomerangs sind leider nicht zurückgekommen. Dank des knapp gewonnenen Mitgliedervotums reichten 39 Stimmen - nach der dritten Auszählung – nichtsdestotrotz für die große Geste des Rückzugs aus. Der Schorsch gratuliert dafür herzlich dem neuen Landesvorsitzenden Andreas Stoch mit acht Stimmen mehr auf seiner Seite. Wenn sich da nur keiner verzählt hat. Nicht ganz sicher ist sich der Schorsch, ob er nun zum SPD- oder Juso-Landesvorsitzenden gewählt wurde, so jung ist der ebenfalls gewählte Vorstand.

Vielleicht schafft es von diesem SPD-Landesvorstand ja tatsächlich nächsten Sommer auch jemand auf den größten Christopher Street Day in Süddeutschland, nämlich nach Stuttgart? Der Schorsch hat schon gestutzt als ihm auffiel, dass wegen den abwesenden Abgeordneten die ranghöchsten VertreterInnen der Sozialdemokratie unsere Juso-Lavos waren. Die haben sich dafür umso mehr ins Zeug gelegt: Farah Maktoul, Cansel Bicer, Tim Strobel und Flo Burkhardt waren als Stimmungskanonen und SektverkosterInnen unterwegs. Alle Jusos auf den CSD pflas-



terten die Straßen von Stuttgart mit der Sommerkollektion der Juso-Sticker zu und statteten die TeilnehmerInnen mit Kondomen für die verschiedensten Afterpartys aus. Sicherheit geht schließlich vor! Der Tübinger Juso Kreisvorsitzende Florian Zarnetta legte derweil den Grundstein für seine Modelkarriere indem er die komplette Sticker-Kollektion auf seinem T-Shirt zur Schau trug und die Eberhardstraße in einen Laufsteg verwandelte. Apropos zur Schau tragen: Tim Strobel zeigte auf dem CSD Wade und trug ausnahmsweise Shorts, wie Anwesende beiderlei Geschlechts dem Schorsch verzückt überbrachten. Der Schorsch zeigt sich auf jeden Fall hocherfreut von diesen neuen Karriereoptionen und rät: Drama, Baby, Drama!

Los ging es im Sommer für den neuen Juso-Landesvorstand übrigens direkt mit der Klausurtagung. Dabei fiel auf, dass es der neue Landesgeschäftsführer nicht so mit Würstchen hat. Obwohl er am Grill einen hervorragenden Job gemacht hat, und nur 2 (in Worten: zwei) Grillkäse schwarz flambiert hat, weigerte er sich eines der leckeren Würstchen zu vernaschen. Am Ende blieb also eine Wurst über und Yan-

nick dachte sich, er tauscht mit einem der vorbeistochernden Kähne Essen gegen alkoholfreien Pfeffi. Für den olympischen Würstchenweitwurf muss er allerdings noch trainieren, denn das Würstchen verhungerte in der Luft wie sonst nur Jusos am Kuchenbuffet auf der Politikwerkstatt. Die vorbeifahrenden Studentinnen konnten sich schallendes Gelächter nicht verkneifen. Ob die ausbaufähige Performance am mangelnden Training oder am Vegetarismus des LGF liegt, ermittelt der Schorschipp noch, meint aber jetzt schon: Schreibtisch ok, olympisch oh ne!

Der Deutschlandtag war dafür gleich in mehreren Disziplinen olympisch. Oder war es der Juso-Bundeskongress? Der Schorsch ist so viel unterwegs, da kommt man schon mal durcheinander. Jedenfalls gab es neben der rekordverdächtigen Anzahl an – laut aus der Reihe tanzenden Bundesvorstandsmitgliedern – konstruktiven sowie sinnvollen, aber nichtsdestotrotz abgelehnten Änderungsanträgen eine olympisch konstante Zuverlässigkeit durch die komplette Bank. In Baden-Württemberg ist sogar "pünktlich wie ein Matthias Eckmann" in olympischem Tempo zum

Sprichwort geworden. Olympisch fand der Schorsch auch, wie sich der stellvertretende Landesvorsitzenden Tim Strobel auf der Party des Bundeskongresses beharrlich dem stundenlangen Smalltalk mit einigen Feierwütigen widmete und wahrlich Stehvermögen abseits der Tanzfläche bewies. Bei so viel Aufopferung für den Verband scheint die Dreistelligkeit in Baden-Württemberg nur noch zwei Armlängen entfernt zu sein. Als Ausgleich verwandelte Farah Maktoul, zum Leidwesen derienigen deren Ohropax daheim ihr Leben fristeten, den Schlafbus der Jusos BaWü auf der Rückfahrt in eine 13,5 Meter lange Partymeile - samt überwältigender chorischen Leistung. Die einzige Disziplin bei der noch trainiert werden muss, scheint das rhythmische Klatschen zu sein, aber der Schorsch ist sich sicher, dass Flo Burkhardt fleißig übt.

Fleißig ist auch das Bemühen des stellvertretenden Landesvorsitzenden Jon Klockow, der sämtlichen Hindernissen zum Trotz bei möglichst vielen Veranstaltungen in seiner Region auf einen Sprung vorbeigekommen ist. Selbst zu einer Platte zusammengepresste und verleimte Holzspäne auf dem Weg in die Ostalb können ihn dabei nicht aus dem Tritt bringen. Der Schorsch ist für alle Fälle bereits auf der Suche nach einer vertrauenswürdigen Le-

bensversicherung, schließlich muss am Ende auch die Rendite stimmen. Spätestens für die Bustour sollte sie abgeschlossen sein. So lange sollte auch Tim Strobel warten, bis er seine Forderungen für die Kommunalwahl bekannt gibt. Mit der Vergoldung der Engener Stadthalle wird er sich durchaus in gefährliches Terrain begeben. Der Schorsch hofft, dass die Jusos Freiburg und Stuttgart ihre Erfahrungen mit großen Bauprojekten, wie der Freiburger Universitätspolitik und S21, ihm frühzeitig mitteilen. Wobei dem Schorsch ein Denkmal der Sozialdemokratie in Baden-Württemberg dennoch gefallen würde. Eine Replika der Willy-Brandt-Statue vor der Stadthalle in Engen wäre sicher eine erschwingliche Lösung.

Auf der Politikwerkstatt im Oktober schwelgte der ehemalige Heilbronner Kreisvorsitzende An Tang zwar noch in Erinnerungen an glorreiche Zeiten, sprich Umfragewerte, und trauerte dem eher unsportlichen Format der Verbandswochenenden hinterher. Der Rest der Jusos BW war allerdings schon weiter und akzeptieren die neue Realität. Dem Schorsch gefällt es jedenfalls, wenn die TeilnehmerInnen tüchtig die Umgebung erkunden und die Grashalme bis zurück zur Jugendherberge zählen. Schade, dass der stellvertretende Landesvorsitzende Florian Burkhardt im-

mer pünktlich zu den Rundgängen krank im Bett liegt. Auch die Abendgestaltung hat den Schorsch überzeugt, so viele Techtelmechtel hat er lange nicht gesehen. Bei Gelegenheit bietet sich der Schorsch schon mal als Taufpate an. Das innigste Verhältnis scheint sich dabei zwischen dem Konstanzer Juso-Vorsitzenden Christoph Heetsch und seinem Tübinger Kollegen Florian Zarnetta und dem Heilbronner OB Harry Mergel entwickelt zu haben. Ob die seit dem denkwürdigen Auftritt des Schultes herrschende Fan-Liebe von Team Harry zu mehr führt? Der Schorsch bleibt dran.

Was ist dem Schorsch sonst alles aufgefallen? Thomas Keck, Reutlingens SPD-Kandidat für die OB-Wahl, ist ein großartiger Geschichtenerzähler. Ex-Lavo Lukas Hornung ist aus den USA zurück, ob er wohl neben vielen Erfahrungen auch einen Führerschein über den Atlantik mitgebracht hat? Und die Landeskoordinatorin der Juso-Hochschulgruppen, Julia Silec, sollte unbedingten ihren Teenie-Bücherblog wiederaufleben lassen. Der Schorsch wird schon mal proaktiv bei der nächsten Redaktionskonferenz vorschlagen, "Julias Bücherblog" in eine feste KONTRA-Kolumne umzuwandeln.

Euer Schorsch.



### **Juso-Bundeskongress 2018**

Diskussionen um den weiteren Kurs der Partei, eine Spitzenkandidatin die begeistert und ein mehr als fragwürdiger Beschluss - unser freier Redakteur Julius Siebert (Kreisverband Ostalb) berichtet vom Bundeskongress der Jusos in Düsseldorf.

Spitzenstimmung herrschte im Spitzenteam der baden-württembergischen Delegation auf dem BuKo 2018. Der Bundeskongress markiert den bundespolitischen Jahreshöhepunkt der Jusos. Auf ihm werden wegweisende inhaltliche Beschlüsse gefasst, welche dann innerhalb der Mutterpartei vertreten werden, aber auch außerhalb der Partei aufmerksam verfolgt werden. Außerdem wählen die Delegierten alle zwei Jahre einen neuen Bundesvorstand. Diese Delegierten werden von allen Landesverbänden, gemäß ihrer Mitgliederzahl, entsendet. Dieses Jahr stand keine Wahl eines neuen Bundesvorstands an, doch mangelte es uns, aufgrund der aufkommenden Europawahlen und der aktuellen desastösen Umfrageergebnissen der SPD nicht an Gesprächsbedarf. So stellte sich Katharina Barley als designierte SPD-Spitzenkandidatin für die Europawahlen vor und Andrea Nahles stellte sich der Kritik des Juso- Bundesvorsitzenden Kevin Kühnert, welcher als der schärfste Kritiker, der von ihr unterstützten, Großen Koalition, gilt.

Kevin gab drei Themen vor, die während des gesamten BuKos vorherrschend sein sollten: Europa, Harz IV und die miserable Lage der SPD, für welche er die GroKo verantwortlich machte. "Die Stimmung ist schlecht. Die Kritik ist groß und brauchbare Lösungen, sind wir Mal ehrlich, rar." Mit dieser Aussage traf Kevin den Nerv der Anwesenden, unabhängig der Meinung der Einzelnen zum

Fortbestehen der großen Koalition. Andrea konterte, dass der Mitgliederentscheid von den Jusos "nicht wirklich akzeptiert worden" sei. Als Beleg für ihre Aussage sah sie die fortgeführten

Diskussionen um die Koalition mit der Union, egal welche Erfolge die SPD in der Koalition erziele. Diese ständige Selbstkritik und Selbstbeschäftigung haben zur Folge "wir wirken nach draußen, als wären wir mit uns selbst nicht im Reinen." Auch dieser Aussage ist der Wahrheitsgehalt keineswegs abzusprechen, abzuwarten bleibt jedoch, wie der Erneuerungsprozess der Partei fortgeführt wird und welchen Erfolg er hat. Veränderungen, bzw. Einen sofortigen Kurswechsel fordere Kevin auch im aktuellen deutschen Sozialsicherungssystem, vor allen Dingen eine Abkehr von Harz IV. Zu seinen Forderungen gehörten, die Abschaffung von Sanktionierungen bei der Arbeitssuche, ein "angemessener, armutsfester Mindestlohn", sowie eine größere Zahl an tarifgebundenen Unternehmen.

### Unsere Spitzenkandidatin für Europa: Katarina Barley

Es schaffte jedoch weder der Juso,- noch die SPD Vorsitzende, den am längsten andauernden und lautesten Applaus ihr Eigen nennen zu können. Diese Ehre kam Katarina Barley zu Teil. Sie sprach in der Rolle der zukünftigen Spitzenkandidatin für die Europawahlen, gemeinsam mit Udo Bullmann. Ihre Rede war sehr beherrscht und doch war ihre Begeisterung für die europäische Sache deutlich mitzufühlen. Sie sprach von ihren europäischen Wurzeln als Tochter eines britischen Vaters und einer deutschen Mutter und wie sehr es sie als Deutsche, als Britin, als Europäerin betrübt das Ausscheiden der Briten aus der



EU mitansehen zu müssen. Katarina wusste, dass sie bei den Jusos auf überzeugte junge Europäer treffen würde und sie rief dazu auf sich für Europa einzusetzen.

### Die Abschaffung von §218 und §219 StGB

Neben den großen Reden und Grundsatzdebatten, ist es auch wichtig sich mit den nun beschlossenen Anträgen zu befassen, insbesondere mit Jenen die aufgrund ihrer Kontroversen auf großes außerparteiliches Interesse stießen. Zum einen wurde beschlossen die "Rote Hilfe" zu unterstützen und ihr die Solidarität der Jusos zuzusprechen, mit dem Ziel die Mutterpartei aufzufordern sich gegen ein mögliches Verbot einzusetzen. 2018 hat der Bundestagsabgeordnete Armin Schuster (CDU) derartige Maßnahmen durch das Innenministerium angeregt. Die "Rote Hilfe" ist in den 1970er Jahren zu bundesweiter Bekanntheit gekommen, als sie juristische Unterstützung für inhaftierte APO, aber



auch RAF- Mitglieder leistete.

Ein anderer BuKo-Beschluss schaffte es sogar in eine von der AFD eigens deswegen einberufene Aktuelle Stunde des Bundestages und rief zudem ein großes Medienecho hervor. Dieser Antrag fordert die Abschaffung der Paragraphen 218 und 219 StGB und hiermit die Abschaffung des Werbeverbots für Abtreibungen, sowie von Fristen für das Vornehmen von Abtreibungen. Auch der anerkannte Mediziner Prof. Dr. Karl Lauterbach (SPD), gab zu, dass er mit dem Beschluss der Jusos inhaltlich nicht einer Meinung sei. Auf dem Bundeskongress verteidigte eine Delegierte den, aus ihrem Berliner Landesverband stammenden, Antrag mit dem Selbstbestimmungsrecht und, dass Menschenrechte zunächst für die Frau gelten. Auch wurden in der Debatte Redner\*innen unseres Landesverbandes mit Aussagen wie "Ich hab mich gerade bei den letzten paar Beiträgen gefragt, ob wir bei den Jusos oder auf dem Deutschlandtag sind." abgesprochen



Sozial\*demokratinnen und Feminist\*innen zu sein. Mehr Einsatz für eine konstruktive Debatte zu diesem wichtigen Thema wäre schön gewesen.

#### Das Fazit

Die große symbolische Bedeutung des Veranstaltungsorts, dem Boui Boui Bilk in

Düsseldorf, war keineswegs überzogen. Der Ziegelsteinbau, eine ehemalige Schraubenfabrik, ist Verbildlichung der sozialdemokratischen Werte der Jusos als Parteijugend der wichtigsten Arbeiter- und Volkspartei Deutschlands und dennoch kein verstaubtes Relikt alter Zeit. Mit dem Boui Boui Bilk, als moderne Eventlocation, ist Erneuerung gelungen ohne die Wurzeln zu vergessen. Auf dem BuKo 2018 haben wir als Jusos Baden-Württemberg mit vielen guten Redebeiträgen bewiesen, dass wir kontrovers diskutieren können und als Landesverband den Debatten unseren Stempel aufdrücken. Auf dem BuKo 2018 war den Jusos klar, Erneuerung geschieht nicht durch abwarten. Das haben sie offensiv und ihrer Stärke bewusst dargestellt, gewiss, dass sie diese Arbeit das gesamte Jahr durch fortführen werden.

> **Julius Siebert** KV Ostalb





### Rollentausch

In einer Kurzgeschichte erzählt Johanna Quattlender (Kreisverband Neckar-Odenwald), wie eine junge und unbekannte Frau mit einer autistischen Störung ihre Rolle mit einer Politikerin tauscht. Welche Erfahrungen werden beide machen?

s war einmal eine junge und unbekannte Frau namens Johanna. Sie hatte eine ∎autistische Störung und sie lebte in Mosbach ein ziemlich unauffälliges Leben.

Sie hatte aber eine gute Bekannte, die Bundestagsabgeordnete war.

Eines Tages war sie bei ihr zu Besuch. Johanna sagte, dass sie auch gerne einmal Politikerin wäre. Sie machten aus, dass sie einen Tag lang die Rollen tauschen. Danach sollte Johanna wieder ihr unauffälliges Leben führen müssen.

So wurde Johanna Politikerin für einen Tag und sie kaufte sich noch Kleider für Berlin.

Als sie in Berlin ankam, war es ihr alles sehr fremd. Sie hatte das Gefühl, sie möchte ganz viel ändern und verbessern. Sie war enttäuscht, als sie merkte, dass aber vieles nicht so schnell und einfach ging, wie sie es sich eigentlich gewünscht hat. Das war krass.

Die Politikerin merkte wie schön es war, regelmäßige Pausen, Feierabend und ein

freies Wochenende zu haben und wie toll es war, nette und offene Leute um sich zu haben, die ehrlich zeigten, ob sie jemanden mögen oder nicht. Und dass die Leute keine Angst haben, das zu zeigen, weil es ja nicht so wichtig war in welcher Partei jemand war.

Aber die Nachteile waren, dass man nicht so viel Geld verdiente und dass man manchmal keine so aufregende und wichtige Arbeit macht.

Johanna lernte ganz spannende Leute kennen wie Manuela Schwesig oder Andrea Nahles. Mit denen konnte sie toll über Politik reden. Außerdem war sie auch bei einer Debatte dabei in der es um Inklusion ging: Wie man Menschen besser unterstützt, die eine Behinderung haben, so dass die an Sachen teilnehmen können wie an Vereinen. Das war toll. Sie hatte auch das Gefühl, dass sie ein bisschen machen konnte, dass die Leute sie auf Augenhöhe akzeptierten und sie Ideen beitragen

Außerdem war sie bei spannenden Sachen,

wie wenn es eine neue Schule gibt, dabei.

Und sie hielt auch bei manchen Veranstaltungen eine Rede, das war toll.

Die Nachteile aber waren: Dass man manchmal mit Leuten reden musste aus anderen Parteien, deren Ideen man nicht mochte. Und manchmal sogar mit Rechtsextremen.

Und dass man manchmal auch langweilige Debatten hatte oder auch ins Fußballstadion gehen musste - das war ein Problem und krass für sie.

Am Ende merkten beide, dass jeder Beruf Nachteile und Vorteile hat und freuten sich wieder auf ihren Beruf.

Aber sie waren auch glücklich und fanden es spannend, eine andere Welt kennen gelernt zu haben.

Ende gut alles gut

Johanna Quattlender KV Neckar-Odenwald

### Wir sind mehr

Das erste Mal auf einer Demonstration. Von Johanna Quattlender (Kreisverband Neckar-Odenwald)

m 31.10.18 war ich das erste Mal in meinem Leben auf einer Demonstrati-

Die Demo war in Möckmühl (der kleinen Stadt in der ich aufgewachsen bin).

Dort hatte der AfD-Ortsverein Andreas Poggenburg und Markus Frohnmaier in die Stadthalle eingeladen.

Viele Möckmühler waren darüber entsetzt. Sie haben die Gruppe "Möckmühl steht auf" gegründet und eine Gegenveranstaltung geplant. Ich habe mich sehr auf diese Veranstaltung gefreut, aber ich hatte auch

In Möckmühl strömten viele Menschen zum Platz vor der Stadthalle. Familien mit Kindern, Jugendliche, ältere und alte Menschen. Ich konnte kaum glauben, dass so viele Menschen gegen die AfD demonstrie-

In der Presse hieß es, dass es 1000 Leute waren. Möckmühl hat 8000 Einwohner. Die Veranstaltung war also ein großer Erfolg.

Es gab verschiedene Reden, Musik und einen Lichtermarsch in die Altstadt.

Ich habe mich auch gefreut, dass die Af-Dler sich sehr von uns provoziert fühlten.

Sie haben uns bei ihrer Veranstaltung in der Stadthalle als "Abschaum da draußen" bezeichnet.

Traurig bin ich darüber, dass der Bäcker in Möckmühl von einem AfDler aufgefordert wurde, die Flyer der Gruppe "Möckmühl steht auf" aus seinem Laden zu nehmen.



Sonst würde er dort nicht mehr einkaufen.

### Anregungen für einen erfolgreichen Kommunalwahlkampf

In wenigen Monaten stehen in Baden-Württemberg Kommunalwahlen an. Die dadurch gewählten Gemeinderäte, Stadträte oder Kreistage sind für örtliche Aufgaben zuständig. Sie beschließen unter anderem über neue Wohngebiete, die Organisation des Nahverkehrs, oder wo Schulen und Kindegärten gebaut werden. Die kommunalen Parlamente machen Politik vor Ort und für den Ort und damit direkt sichtbar für die Bürgerinnen und Bürger. Seit 2014 dürfen in Baden-Württemberg Jugendliche ab 16 an den Kommunalwahlen teilnehmen. Damit wurde es umso wichtiger, auch junge Menschen in die kommunalen Parlamente zu wählen, die auch im Sinne dieser neuen Wählergruppe Politik gestalten. Das KONTRA hat fünf Personen, die im Juso Alter in kommunale Parlamente gewählt wurden und dementsprechend wissen, worauf es ankommt, gefragt, was wir für den kommenden Wahlkampf von ihnen lernen können.

Die richtigen und wichtigen Themen finden

ür Ariane Bergerhoff, langjähriges Mitglied des Stuttgarter Gemeinderates, ist klar, mit welchen Themen sie im letzten Wahlkampf hauptsächlich überzeugen konnte: Jugend und Beteiligung. "Die Interessen der jungen Generation gehen sonst leicht unter, da wir ja immer weniger werden. Aber nur eine starke und gut ausgebildete Jugend kann dafür sorgen, dass Deutschland wirtschaftliche gut dasteht."

Und welche Kernthemen sollten im kommenden Wahlkampf zentral werden? Jan Hambach, Renninger Gemeinderat, rät dazu, sich einfach in der eigenen Stadt oder Gemeinde umzuschauen: "Die Themen se drei Themenblöcke herauskristallisieren, die alle Befragten als zentral für den kommenden Wahlkampf ansehen: Wohnen, ÖPNV und Kinderbetreuung.

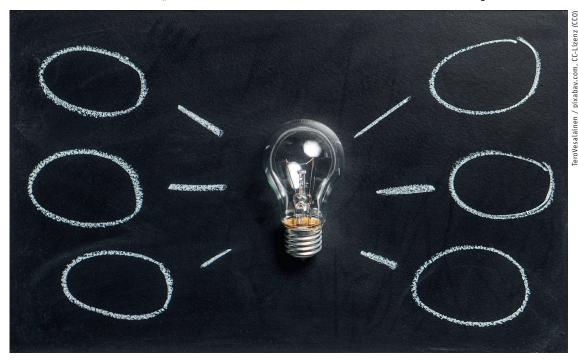
"Ein immer höherer Prozentsatz des Einkommens wird für die Miete ausgegeben und auf kommunaler Ebene hat man bei diesem Thema durchaus viele Handlungsmöglichkeiten", erklärt Jakob Dongus, Bezirksbeirat aus Neckargartach, die Themenwahl. "Außerdem müssen wir gebührenfreie Kitas zum Wahlkampfthema machen", meint die Stadträtin aus Albstadt, Lara Herter "- sprich: die Forderung so lange wiederholen, bis sich andere Parteien und Gruppierungen dafür rechtfertigen müssen, noch immer Kitagebühren erheben zu wollen."

sonderer Fokus gelegt werden, um sie dazu zu animieren und dabei zu unterstützen, ihr Recht auf Mitbestimmung auch in Anspruch zu nehmen. "Jugendliche gehen meist noch zur Schule, sind auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen, wollen Orte zum Chillen und Feiern. Sie wollen ihre Stadt mitgestalten und sind vielleicht in einem (Sport-) Verein aktiv", meint Jan. Aus diesen Bereichen könne man die politischen Themen ableiten, die für diese Zielgruppe interessant seien. Sanierung der Schulgebäude, billiger bis kostenloser Nahverkehr mit regelmäßigen Fahrzeiten auch nachts, Plätze für die Jugend in der Stadt schaffen. Und nicht zuletzt sei der Glasfaserbau bis in die kleinste Kommune ein Herzensanliegen von zahlreichen Jugendlichen, weiß Lara. "Kaum etwas be-

> einflusst ihren Alltag wohl so sehr wie die Internetverbindung in ihrer Heimatkommune. Also greifen wir die Herausforderung auf!"

funktioniert Hnd der klassische Wahlkampfstand und eine Tür-zu-Tür-Aktion auch, um die neue Wählerschicht zu erreichen? Das bezweifelt Mareike Stitz. Sie ist die jüngste Gemeinderätin Kreis Heidenheim und setzt auf soziale Medien, um die Erstwähler\*innen zu erreichen. Auch Jakob rät das Verlassen der Fußgängerzone, wenn man die Jugend-

lichen erreichen will. Man müsse auch mal Wahlkampfaktionen an untypischen Plätzen – also in einer Bar oder Disko – durchführen. Ariane schließt sich dem an und schlägt eine Kooperation mit dem örtlichen Kino vor, um die Erstwähler\*innen ins Kino einzuladen. "Sollte dann aber



liegen auf der Straße. Sprecht das an, was ihr glaubwürdig vertreten könnt."

Auch Ariane empfiehlt Themen, die einem am Herzen liegen. Außerdem meint sie, man solle sich auf maximal drei Themen konzentrieren. Konkret lassen sich dieDie neue Wählerschicht aktiv ansprechen

Zum zweiten mal dürfen nächstes Jahr an den Kommunalwahlen auch Jugendliche ab 16 Jahren teilnehmen. Auf diese noch relativ neue Wählerschicht muss ein be-

auch ein passender Film sein, der aktuell läuft, nicht zu brutal und mit einer korrekten Aussage."

#### Auf sich selbst achten

In der Phase vor den Wahlen kommen die Kandidierenden mit vielen Menschen ins Gespräch. Mit Menschen, die andere Positionen vertreten. Und auch mit Menschen, die persönlich werden und ihre Positionen außerhalb einer sachlichen Ebene kundtun wollen. In dieser Situation sei es das Beste, das Gespräch höflich aber bestimmt zu beenden, meint Mareike. Sachlich und kühl bleiben, rät Jakob und auf einer Metaebene klarstellen, dass man einen anderen politischen Stil prägen möchte, - "auf Augenhöhe und mit Respekt" ergänzen Ariane und Jan. Auf solche unangenehmen Situationen muss man zwar vorhereitet sein. zum Glück bleiben sie dann aber doch eher die Ausnahme.

Viel stärker wirkt der positive Support, den man als Kandierende\*r erfährt. Für viele spielen hier Freunde und Familie eine sehr wichtige Rolle – ob nun SPD Mitglieder oder nicht. Aber auch von verschiedenen Vereinen vor Ort wurden die Kandidierenden unterstützt. Wirklich organisiert wäre das aber nicht gewesen, reflektiert Jan. "Heute würde ich versuchen über gemeinsame Themen in Kontakt zu kommen. So könnt ihr öffentliche Unterstützung oder zumindest gemeinsame Veranstaltungen organisieren."

Mareike rät darüber hinaus, an Menschen mit konkreten Themen heranzutreten, wie der Neubau einer Sporthalle. Dann steige die Bereitschaft, einen aktiv zu unterstützen. Und wenn einem alles über den Kopf zu wachsen scheint? Jan hilft in dieser Situation der Austausch mit anderen (jungen) Kandidierenden. Und auch Lara hat immer darauf geachtet, nach politischen Aktionen und Auftritten gemeinsam mit anderen Juso-Kandidierenden etwas trinken zu gehen. "Das bot die Möglichkeit, schwierige Situationen zu diskutieren und zugleich über Persönliches zu sprechen. Mich hat das meistens entspannt und abgelenkt." Ariane konzentriert sich auf ihre Orchideen, um sich abzulenken. Inzwischen seien diese genügsamen, pflegeleichten Pflanzen zu ihrem Vorbild geworden. Und Mareike empfiehlt, sich wirklich nur auf Dinge zu fokussieren, die einem Spaß machen. "Verpflichtet man sich zu Dingen, die man nicht gerne macht, entsteht schnell Stress. In solchen Situationen suche ich mir gerne Genossinnen und Genossen als Arbeitspartner, mit denen sogar die blödesten Aufgaben Spaß machen."

#### Präsenz zeigen

Auf die Frage, was einen guten Wahlkampf ausmache, kam eine klare Antwort: Präsenz. "Gerade in einem Kommunalwahlkampf lohnt sich oft der Extraeinsatz oder das Besonders-laut-sein", meint Jakob. Der Meinung ist auch Jan: "Ihr müsst stattfinden. Niemand wartet auf euch. Ihr müsste

hatte. Lara hat für sich aus dem vergangenen Wahlkampf mitgenommen, selbstbewusster als Jusos bessere Listenplätze einzufordern – schließlich trage unsere Arbeit viele Ortsvereine und Kreisverbände. Außerdem würde sie finanzielle Ressourcen gezielter einsetzen. Einen verstärkten Fokus würde sie beispielsweise heute auf Online-Werbung setzen.



den Leuten zeigen, dass ihr da seid und in den Gemeinderat wollt."

Das heißt: auf zu den Dorffesten und örtlichen Veranstaltungen, um mit möglichst vielen Leuten in Kontakt zu treten. Außerdem müsse man selbst mit Freude und Herzblut dabei sein – nur dann springe der Funke auf die Bürger\*innen über, ergänzt Lara.

Obwohl unsere Interviewpartner im vergangenen Wahlkampf offensichtlich vieles sehr richtig gemacht haben, haben sie viele Erfahrungen gesammelt und können rückblickend erklären, was sie heute vielleicht ändern würden.

Jan zum Beispiel hatte beim Haustürwahlkampf keine persönlichen Flyer oder andere Giveaways mit seinem Namen und/oder Gesicht dabei. So war vor allem dort, wo niemand zu Hause war später nicht klar, dass er tatsächlich persönlich geklingelt

#### Immer weiter machen

Und welche persönlichen Eigenschaften sind förderlich für ein Engagement in der Kommunalpolitik? "Leidenschaft, eine hohe Frustrationstoleranz, gute Nerven", meint Ariane. "Glaubwürdigkeit, Verbindlichkeit, Fleiß, Durchhaltevermögen, Kontinuität und Aufgeschlossenheit", meint Jan. "Extrovertiertheit", ergänzt Jakob und Mareike glaubt an: "ein überlegtes Auftreten. In den letzten Jahren musste ich meine Meinung zu einem Thema oft noch in der finalen Gemeinderatssitzung ändern, da sich die Faktenlage komplett geändert hat." Lara setzt auf "Leutseligkeit", "Gelassenheit" und vor allem: "Sitzfleisch!" - "Kommunalpolitik erfordert einen langen Atem, aber die (kleinen) Erfolge sind es wert!"

> Das Interview führte die KONTRA-Redaktion

### Wenn Goliath bremst und David weiterkämpft – der Kampf gegen den Klimawandel auf kommunaler Ebene

Der Klimawandel ist ein Schlüsselproblem unserer Generation. Auch auf kommunaler Ebene müssen Lösungen gefunden werden, damit wir nachfolgenden Generationen einen lebenswerten Planeten hinterlassen können. Von David Schwarz (Kreisverband Ludwigsburg).

M 1. Juni 2017 brach Empörung und Wut über den Präsidenten der Vereinigten Staaten herein. Dieses Mal ging es nicht um einen rassistischen Kommentar und auch nicht um irgendwelche Affären aus seiner Zeit als Fernsehstar. Nein, dieses Mal war es wirklich ernst: "Ich wurde gewählt, um die Menschen in Pittsburgh zu repräsentieren, nicht die Menschen in Paris." Mit diesen Worten war der Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen beschlossene Sache — 2020 sind die USA raus.

Dass dieser Tag ein schlechter für den Klimaschutz war, steht außer Frage. Aber es ist nicht alles verloren — bei weitem nicht

### Think outside of the nation state

Wenn wir an Klimapolitik denken, denken wir an große UN-Gipfel, riesige Solarparks in der Wüste, monumentale Projekte und umfassende Verträge mächtiger Nationalstaaten. Aber Klimaschutz kann auch ganz anders aussehen. Die Akteure des Klimaschutzes heißen nicht nur Angela Merkel, Justin Trudeau und Emmanuel Macron: Sie heißen zum Beispiel auch Anne Hidalgo. Die Bürgermeisterin von Paris ist nicht nur die erste Frau, die die französische Hauptstadt regiert, sondern sie ist auch die Vorsitzende der C40 Cities. Dieses Netzwerk von Großstädten auf der ganzen Welt ist ein Beispiel dafür, wie Klimaschutz auch dann funktionieren kann, wenn die Regierungen der Welt sich querstellen.

Die 96 Städte, die gemeinsam die C40 bilden, können mit vielen Nationalstaaten locker mithalten: In ihnen leben fast 700 Millionen Menschen, die gemeinsam ein Viertel der weltweiten Wirtschaftsleistung stemmen — und immer mehr Menschen ziehen Jahr für Jahr in diese Ballungszentren. Auch Berlin und Heidelberg sind Teil der C40 Cities.

Um Mitglied dieses Netzwerkes zu werden, müssen Städte einen Plan vorlegen, wie sie ihren Ausstoß von Treibhausgasen so weit senken können, dass sie den nötigen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele von Paris leisten. Die großen Verträge der Nationalstaaten leben also auf kommunaler Ebene weiter. Die Städte unterstützen sich gegenseitig, um ihre Klimaziele einzuhalten und teilen nützliche Informationen und best-practice miteinander. Durch Kampagnen und professionelle Social Media-Arbeit versuchen sie, den Klimaschutz stärker in den Blick der Öffentlichkeit zu rücken.

#### Vor Ort handeln

Nun wohnt der Großteil von uns nicht in Bangkok oder New York. Trotzdem sollten auch wir Jusos beim Klimaschutz über den Nationalstaat hinausdenken.

Ungefähr drei Viertel der Menschen in Deutschland leben in Städten. Jede dieser Städte kann etwas zum Kampf gegen den Klimawandel beitragen, indem sie eigene Projekte anstößt, um weniger Treibhausgase auszustoßen und sich auf die Folgen der Erderwärmung vorzubereiten. Dazu müssen wir den öffentlichen Nahverkehr stärken, Grünflächen schaffen, Gebäude sanieren, damit sie weniger Energie verbrauchen und vieles mehr. Es gibt zahllose Dinge, die wir in der Kommunalpolitik tun können, um unseren Planeten zu erhalten — jede

Stadt muss sich überlegen, was für sie die richtige Lösung ist.

Auch müssen Netzwerke nach dem Vorbild der C40 Cities entstehen, in denen Städte deutschlandweit und international gemeinsame Ziele für den Klimaschutz setzen und sich gegenseitig dabei unterstützen, diese auch umzusetzen.

Um diese Ziele zu erreichen müssen wir Jusos uns in unseren Ortsvereinen und Kreisverbänden dafür stark machen. Wir alle können konkret etwas dazu beitragen, die Erderwärmung aufzuhalten.

1992 – vor mehr als 25 Jahren – wurde erstmals beschlossen, dass sich die internationale Staatengemeinschaft mit dem Klimawandel auseinandersetzen muss. Trotz wichtiger Abkommen steigen die weltweiten Emissionen seitdem weiter an. Nationalstaaten sind für den Klimaschutz unverzichtbar, aber sie sind langsam. Wir haben keine Zeit für langsame Lösungen. Wir müssen jetzt handeln — vor Ort!

**David Schwarz** KONTRA-Redaktion



### **Interview mit Andreas Stoch**

Nach einem turbulenten Vorspiel zu den Wahlen des baden-württembergischen SPD-Vorsitzes, hat unser KONTRA-Redakteur David Schwarz (Kreisverband Ludwigsburg) den neuen Landesvorsitzenden Andreas Stoch direkt nach seiner Wahl zu seinen politischen Vorstellungen zur Zukunft unseres Bundeslandes interviewt.

ontra: Lieber Andreas, zunächst einmal herzlichen Glückwunsch zur Wahl. Wie bewertest du den Ausgang der Wahl?

Andreas Stoch: Vielen Dank! Nach dem äußerst schwierigen Ergebnis der Mitgliederbefragung habe ich erst kurz im Vorfeld zum Landesparteitag für mich entschieden, dass ich mich um das Amt bewerben möchte. Ein einziger Kandidat, der im Votum knapp unterlegen war – das hätte für die SPD nicht gut ausgesehen und es wäre auch für Lars Castellucci eine schwierige Geschichte gewesen. Auch wenn das Ergebnis heute ein knappes ist, ist es doch ein Ergebnis – und jetzt müssen wir schauen, dass wir uns alle hinter diesem versammeln und gemeinsam nach vorne schauen.

Kontra: Du hast gesagt, dass die Kandidatur und insgesamt die letzten Wochen für Diskussionen innerhalb der Partei gesorgt haben. Kannst du uns eine Sache nennen, die du im Nachhinein gerne anders gehabt hättest?

Andreas Stoch: Ich habe schon in den letzten Monaten und vielleicht auch in den letzten Jahren in der Landes-SPD eine Entwicklung gespürt, in der nicht mehr im Mittelpunkt stand, wie man gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen in den Gremien gute Politik machen kann, sondern dieses gegenseitige Belauern im Vordergrund stand. Das hat uns wahnsinnig viel Kraft gekostet und das nimmt einem auch irgendwie die Lust an der Politik. Im Endeffekt ist aus dem Schlechten - dem Ergebnis der Mitgliederbefragung - doch noch etwas Gutes geworden: Eine offene Auseinandersetzung zu dem Thema "Wie gehen wir eigentlich miteinander um?'

Kontra: Die Debatte hat in der Landespartei für Unruhe gesorgt. Wie schaffen wir es, dass wir in der Partei nun wieder einen Fokus auf Inhalte legen?

Andreas Stoch: Ich glaube, wir können jetzt in der Ebene der Funktionsträger\*innen, also gerade im Landesvorstand, eine neue Kultur des Miteinanders hinkriegen. Ich nehme für mich in Anspruch, dass ich in der Vergangenheit zu allen, egal in welchem Gremium, ein gutes Verhältnis gehabt habe. Es war mir letztlich egal, zu welchem Flügel jemand gehört, weil für mich immer im Mittelpunkt stand, dass wir



alle Sozialdemokrat\*innen sind.

Kontra: Was ist für dich das erste Thema auf der Agenda für die Landespartei, was ist das Erste, was passiert, wenn du in die erste Landesvorstandssitzung mit dir als Landesvorsitzender gehst?

Andreas Stoch: Wir planen als Landespartei und als Landtagsfraktion schon seit einiger Zeit einen Prozess, der sich Baden-Württemberg 2030 nennt, den wir jetzt starten lassen wollen. Wir wollen das Jahr 2019 intensiv nutzen, um in verschiedenen Fachforen Themen zu diskutieren und dann daraus eine politische Agenda zu beschließen. Die nächsten Landtagswahlen sind nicht mehr weit entfernt und wir müssen etwas gegen diese grün-schwarze Landesregierung tun, die für die Menschen im Land schlicht und einfach nichts ändert. Wir haben viel zu wenig neue Wohnungen und in der Bildungspolitik geht es rückwärts. Und auch die Themen Mobilität und Arbeitsplätze sind für mich in Baden-Württemberg zentral. Außerdem lässt die aktuelle Landesregierung die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit der wichtigsten Bildungsaufgabe unseres Jahrhunderts, der Digitalisierung, alleine - und da ist die SPD die notwendige Stimme, die jetzt sehr laut werden muss.

Kontra: Wenn du dich jetzt auf ein landespolitisches Thema beschränken müsstest - mit welchem gewinnen wir die Landtagswahl 2021?

Andreas Stoch: Ich glaube, dass das Thema Wohnen ein ganz zentrales sein wird, weil immer mehr Menschen das Gefühl haben, sie können sich die Wohnungen nicht

mehr leisten. Aber für mich als ehemaligen Bildungsminister steht auch das Thema Bildung im Mittelpunkt. Ich will eine bildungspolitische Debatte führen, die sich um den Wert frühkindlicher Bildung dreht, also für Kinder von null bis zehn. Wir als SPD sind da sehr glaubwürdig. In den fünf Jahren in denen wir in Baden-Württemberg regiert haben, haben wir das Bundesland auf Platz eins gebracht, was den Ausbau der KiTa-Plätze angeht. Jetzt geht es um Qualität - und vor allem um das große Thema Gebührenfreiheit.

Kontra: Wenn Du jetzt in diesem Moment Ministerpräsident wärst, was wären die drei Sachen, die du auf einen Schlag ändern würdest in Baden-Württemberg?

Andreas Stoch: Ich würde für den Wohnungsbau eine Landeswohnungsbaugesellschaft gründen. Ich würde ganz sicher, in dem Bereich frühkindliche Bildung und Grundschule sehr viel mehr investieren als es die jetzige Landesregierung tut. Das dritte Thema was mir unter den Nägeln brennt, ist die Mobilität. Wir können ein anderes Mobilitätsverhalten der Menschen erreichen, wenn wir gute Angebote machen. Wir müssen die Luft sauber halten, damit die Lebensqualität steigt. Wir müssen die Menschen aus dem Stau herausholen - und das alles geht nur, wenn man einen guten und ordentlichen ÖPNV hat.

Kontra: Andreas, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte David Schwarz
KONTRA-Redaktion

### Grün-Schwarzer Stillstand in der Hochschulpolitik

Niklas Anner (Kreisverband Heilbronn) ist enttäuscht von der Hochschulpolitik der grün-schwarzen Landesregierung. Für das KONTRA zieht er eine hochschulpolitische Halbzeit-Bilanz.

s war für alle hochschulpolitisch Aktiven ein ganz besonderer Tag: Der 27. Juni 2012. Grün-Rot ist in Baden-Württemberg an der Macht und in den Wahlprogrammen zur Landtagswahl 2011 hatten sich beide Parteien für eine Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft (VS) stark gemacht. 35 Jahre nach ihrer Abschaffung wird die VS in Baden-Württemberg dann endlich wiederbelebt. Studierende im ganzen Land profitierten wieder von einer organisierten hochschulund allgemeinpolitischen Vertretung - und die damalige Landesregierung verbucht das natürlich für sich. Die grüne Wissenschaftsministerin Theresia Bauer sieht in der Wiedereinführung der VS "ein wichtiges Signal, um zu einem Stück Normalität zurückzukehren" und es geht ihr darum, "dass die VS sich auseinandersetzt und positioniert bei Fragen zu wissenschaftlichen Erkenntnissen oder Gesellschaftsfragen oder den großen politischen Fragen, die unseren Globus betreffen.". Zum Sommersemester 2012 schafft Grün-Rot dann auch noch die allgemeinen Studiengebühren ab. Es sind politisch gesehen goldene Zeiten für Studierende.

politisch so alles im Ländle passiert?

### Die Wiedereinführung der Studiengebühren

Mit den Grünen verbinde ich immer (unter anderem) ihre Herkunft aus den zahlreichen Protestbewegungen der 1970er Jahre rund um Ökologie-, Anti-Atomkraft-, Friedens- sowie der Frauenbewegung. Auch wenn daraus jetzt noch keine konkreten politischen Positionen abzuleiten sind, so konnte man doch zumindest anhand der gemeinsam erarbeiteten Abschaffung der Studiengebühren 2012 erwarten, dass die baden-württembergischen Grünen auch für eine kostenfreie Bildung – zumindest an der Hochschule – stünden.

Dieser Glaube stellte sich am 3. Mai 2017 als falsch heraus. Auf Vorschlag von Theresia Bauer beschloss die grün-schwarze Mehrheit im Landtag die Einführung von Studiengebühren.

Nicht-EU-Ausländer\*innen zahlen seit dem Wintersemester 2017/18 Studiengebühren in Höhe von 1.500 Euro pro Semester und Zweitstudierende 650 Euro pro Semester.

dierenden im Wintersemester 2018/19. Der Grund: Sie möchten aufgrund der Studiengebühren das Bundesland wechseln. Da helfen auch die ohnehin schon zahlreichen Ausnahmeregelungen und -stipendien, die die Landesregierung anbietet, um ihre Studiengebühren als "sozial verträglich" darzustellen, nicht.

Gerade in Zeiten eines Fachkräftemangels macht es doppelt keinen Sinn, kluge Köpfe aus unserem Bundesland zu vergraulen. Wenn man dann noch bedenkt, dass der größte Teil der Studiengebühren zur Sanierung des Landeshaushalts genutzt werden und nur ein Bruchteil den Hochschulen zur Steigerung der Bildungs- und Betreuungsqualität zu Gute kommt, ist der Wahnsinn komplett. Studiengebühren sind unsozial und schaden der Internationalisierung unserer Hochschulen zu Gunsten der Haushaltskonsolidierung. #stillnotlovingstudiengebühren

#### Die LHG-Novelle

Das Landeshochschulgesetz ist die fundamentale Grundlage der Organisation der Hochschule und somit auch der Verfassten Studierendenschaften. In ihr sind alle unsere Rechte und Pflichten als hochschulpolitisch Aktive dargelegt. In Baden-Württemberg hatten wir seit der Baden-Württemberg hatten wir seit der Wiedereinführung der VSen ein allgemeinpolitisches Mandat, was es uns als studentische Vertreter\*innen ermöglichte, auch bei Themen, die vielleicht nicht unmittelbar den Hochschulalltag betrafen, für unsere Studierenden Stellung zu beziehen. Sei es nun das Thema Wohnungsbau in unserer Kommune, Mobilität oder Kulturpolitik: Die VS artikulierte die Interessen der Studierenden.

Auch damit ist bedauerlicher Weise aufgrund der grün-schwarzer Regierungspolitik Schluss. Am 30. März 2018 trat die neue Fassung des Landeshochschulgesetzes in Kraft und das bis dato noch explizit erwähnte "politische Mandat" wurde ersatzlos gestrichen. Seitdem herrscht Rechtsunsicherheit und die Angst vor Klagen ist bei einigen hochschulpolitischen Vertreter\*innen groß. Grün-Schwarz hat es also erfolgreich geschafft, die Interessenvertretung der Studierenden einzuschränken. Das ist nicht nur schlecht für Hochschulpolitiker\*innen sondern auch für alle Studierenden in Baden-Württemberg.



Momentchen mal! Wir schreiben heute das Jahr 2018. Theresia Bauer ist sechs Jahre später immer noch Wissenschaftsministerin von Baden-Württemberg - allerdings mit der CDU als Koalitionspartner statt der SPD. Die grün-schwarze Koalition befindet sich gerade in der Mitte ihrer Legislaturperiode. Zeit um Bilanz zu ziehen: Was ist in den letzten zweieinhalb Jahren hochschul-

Die Auswirkungen sind vor allem bei den Zahlen der Bewerbungen und Studienabbrüchen sofort spürbar geworden. Im Wintersemester 2017/18 haben sich in Baden-Württemberg 21% weniger Studierende aus Nicht-EU-Ländern auf einen Studienplatz beworben. Die Hochschule Ravensburg meldet kürzlich eine 23-prozentige Abbruchquote bei Nicht-EU-Stu-

#### Das Landesweite Semesterticket

Kein Thema polarisiert die hochschulpolitische Landschaft in Baden-Württemberg aktuell mehr, als das Landesweite Semesterticket. An dieser Stelle möchte ich nicht nochmal alle Eck- und Kritikpunkte an dem aktuellen Modell erläutern (dazu gab es einen ausführlichen Bericht in der letzten KONTRA-Ausgabe), so viel sei nur gesagt: Es ist viel zu teuer. Und auch dieses Thema entzog sich nicht der Einflusssphäre von Theresia Bauer und der grün-schwarzen Landesregierung.

Seit mehr als fünf Jahren diskutieren Studierende, Verkehrsverbünde und Ministerien bereits miteinander, wie man auch in Baden-Württemberg ein gutes Landesweites Semesterticket schaffen könnte. Viele andere Länder – an bekanntester Stelle wohl Nordrhein-Westfalen – machen es vor: Studierende profitieren von akzeptablen Preisen, die Politik freut sich über freiere Straßen und Verkehrsverbünde haben am Ende meistens sogar mehr Einnahmen als vorher. Eine Win-Win-Situation für alle!

Leider wird man all diese Punkte mit dem Modell, welches sich aktuell in den Urabstimmungen befindet, in Baden-Württemberg nicht erreichen. Der Grund? Untätigkeit: Die grün-schwarze Landesregierung stellt weder eine Förderung für das ohnehin vollkommen überteuerte Ticket in Aussicht, noch hat das Verkehrsministerium versucht einen wirklichen Interessenausgleich zwischen den Akteuren bei den Verhandlungen zu erzielen. Die Landesregierung steht insgesamt nicht hinter der Idee eines Landesweiten Semesterticket. Für uns Juso-Hochschulgruppen ist klar: Das Landesweite Semesterticket in der derzeitigen Form ist eine Zumutung und kann nicht das Ergebnis eines fünfjährigen Prozesses sein!

#### Die Zulagenaffäre

Last but not least: Die Zulagenaffäre! Da das Thema relativ komplex ist, versuche ich die Thematik rund um die Entlassung der Rektorin der Hochschule für Verwaltung und Finanzen (HVF) Ludwigsburg so einfach, wie es geht, zu erläutern.

Mehrere Professor\*innen an der HVF wechselten unrechtmäßig ihre Besoldung und erhielten somit höhere Zulagen. Die Landesregierung reagierte mit intensiven Untersuchungen. Zunächst nur an der HVF, dann etwas widerwillig im ganzen Land. Parallel dazu wurde vom Landtag ein Untersuchungsausschuss gegründet, um selbst Untersuchungen anzustellen und das Krisenmanagement von Theresia Bauer



zu hinterfragen.

An der HVF gab es währenddessen große Streitigkeiten zwischen den verschiedenen hochschulpolitischen Gremien und der damaligen Rektorin Claudia Stöckle und das Ministerium setzte zur Bewältigung dieser Führungskrise ein Gremium ein. Dieses Gremium sei nach Aussage von Theresia Bauer "unabhängig" und empfahl den hochschulpolitischen Gremien im Jahre 2015 einen personellen Neuanfang – Claudia Stöckle wurde entlassen.

Wie sich allerdings später herausstellte, war das von Theresia Bauer eingesetzte Gremium massiv durch die Ministerin beeinflusst worden. Im Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart wird sogar davon gesprochen, dass das Gremium quasi "der verlängerte Arm" des Wissenschaftsministerium gewesen sei. Theresia Bauer hatte also sowohl die hochschulpolitischen Gremien als auch den Landtag in dieser Hinsicht belogen. Gleichzeitig macht das Gericht aufmerksam, dass das Ministerium oftmals Unterlagen nicht auffinden konnte oder nur stark verzögert bereitstellte.

Für uns Juso-Hochschulgruppen ist klar: Eine Ministerin, die skrupellos hochschulpolitische Gremien und den Landtag belügt, ist ihres Amtes unwürdig. Der – leider erfolglose – Entlassungsantrag, der von der SPD-Landtagsfraktion gestellt wurde, konnte hier nur die einzig logische Konsequenz sein.

### Das Fazit

Was kann man nun abschließend zu den vergangenen 2,5 Jahren grün-schwarzer Hochschulpolitik sagen? Aus studentischer Sicht eigentlich nichts Gutes. Die oben genannten Punkte zeigen eindrucksvoll, dass die Interessen von Studierenden die Landesregierung nicht wirklich interessieren. Viel mehr werden noch einmal die Scheinheiligkeit und der Machtwille der badenwürttembergischen Grünen deutlich, wenn man den Wandel von Theresia Bauer als Wissenschaftsministerin betrachtet. Die Grünen, welche vor sieben Jahren ihren ersten Ministerpräsidenten auch mit studentischen Stimmen stellen durften, haben sich vollkommen von einem ihrer Hauptwählergruppen abgewandt. Wir müssen das als Chance sehen, unsere Ideen zu präsentieren! Jetzt ist die Zeit für die baden-württembergische SPD um klar zu machen, dass Studierende, wenn sie mehr Mitbestimmung und einen angenehmeren Hochschulalltag wollen, bei Landtagswahlen nur eine Wahl haben: Die SPD!

> **Niklas Anner** Landeskoordinator der Juso-Hochschulgruppen

### Die Zukunft der Mobilität

Von A nach B gelangen und das egal, wo sich A und wo sich B befinden und ohne ein eigenes Auto zu besitzen – Mobilität ist ein Garant für Freiheit und Eigenständigkeit für unsere freie KONTRA-Redakteurin Jamie Day (Kreisverband Heilbronn).

Bis im Heilbronner Gemeinderat beschlossen wurde, dass das Mobilitätsticket, das Menschen mit geringem Einkommen die Teilhabe an den selbstverständlichsten Dingen ermöglichen soll, auslaufen wird, war Mobilität bei uns der Garant für Freiheit und Eigenständigkeit. Nun wurde der Weg zur Schule morgens zum Hindernis, weil es keine passende An-

Wohnen.

#### Die Stadt Wien als Vorbild?

Die Stadt Wien hat einen wichtigen Schritt in Richtung moderne Mobilität eingeschlagen: das 365 Euro Jahresticket. Damit kommen die Menschen in Wien mit einem Euro pro Tag von A nach B. Ein Schritt mit von A nach B zu kommen, ohne Stunden warten zu müssen oder auf Grund von mehrmaligem Umsteigen viel Geld zahlen zu müssen.

### Richtige Anreize setzen

Wie lassen sich die richtigen Anreize für den Wechsel auf den ÖPNV setzen? Wie

Bru-n0 / pixabay.com, CC-Lizenz (CCO)



bindung aus einem kleinen Ort, eine Stunde entfernt von der Schule, gibt.

### Deutschland hat den Sprung in ein neues Zeitalter der Mobilität verpasst.

Wessen Aufgabe - wenn nicht die der SPD - kann es sein, dafür zu sorgen, dass Jung und Alt jeden Tag und zu jeder Tageszeit unterwegs sein können, ohne dabei das Auto benutzen zu müssen? Aber wie lassen sich Probleme beheben, die bereits vor Jahren eine Rolle gespielt haben und noch in 30 Jahren vorhanden sein werden, ohne die Menschen heute vor den Kopf zu stoßen? Die Antwort von uns Jusos und unserer Mutterpartei auf fehlende Bus- und Bahnanbindungen und zu viele Autos auf den Straßen darf kein Achselzucken oder ein Verweisen auf viel zu hohe Kosten sein. Unsere Antworten müssen konkrete Pläne sein. Pläne, die unsere Straßen entlasten und unseren ÖPNV günstiger, effizienter, individueller und sozialer machen. Der ÖPNV muss genauso präsent auf unserer Tagesordnung sein wie Bildung und

Erfolg! Mittlerweile benutzen fast 40 % der Verkehrsteilnehmer\*Innen in Wien den ÖPNV. Das ist ein Schritt, dem noch viele weitere folgen müssen. Denn was nützt der günstige ÖPNV, wenn Bus und Bahn trotzdem unregelmäßig oder gar nicht kommen, der Anschluss nicht erreicht wird oder nicht einmal eine Sitzmöglichkeit frei ist?

### Wo sollen wir anfangen?

Unbedingt weiter in den Fokus unserer Diskussionen rund um das Thema ÖPNV muss der Ausbau von Nachtbussen kommen. Es betrifft uns alle und wir alle kennen eine Person, der\*die gerne länger auf einer Party bleiben wollen würde, aber nicht kann, weil der letzte "Nachtbus" um ein Uhr kommt.

Außerdem müssen wir es schaffen, am schnellsten die besten Möglichkeiten für einen effektiven Ausbau des ÖPNVs auf dem Land zu entwickeln und diese an die richtigen Menschen zu bekommen. Es muss machbar sein, schnell und kostengünstig

wäre es zu Stoßzeiten mit einem eigenen Fahrstreifen für Bus, Taxi und Autos, in denen mehr als eine Person sitzt? An Taktung und Preisen des ÖPNVs ändert dies zwar nicht sofort etwas, aber trotzdem wird man sich, wenn man aus dem Stau auf den fließenden Verkehr auf dem Streifen nebenan sieht, irgendwann fragen, ob der Bus nicht die bessere Alternative zum eigenen Auto ist.

#### Lasst uns anpacken!

Lasst uns den ÖPNV weiter nach oben auf die Tagesordnung setzen! Es ist viel zu tun, es gibt viel zu diskutieren und nicht alles wird umsetzbar sein. Aber ich bin mir sicher, dass wir es schaffen können, die richtigen Lösungen zu entwickeln und das Leben von vielen Menschen deutlich zu verbessern!

**Jamie Day** KONTRA-Redaktion

### Unverpackt, Mitgebracht, Selbstgemacht — Tipps für ein plastikfreies Leben

Eines der großen Probleme für die Umwelt ist der Kunststoffmüll, den wir tagtäglich in unseren Abfall werfen. Oft tun wir das, ohne darüber nachzudenken und die Aussage "Man kann Plastik ja gar nicht verhindern", hat jede\*r schon einmal gehört. Vanessa Bossler (Kreisverband Emmendingen) zeigt in diesem Artikel einige kleine, kreative Alltagsoptionen, die durchaus ihren Teil dazu beitragen können unsere Umwelt zu schonen.

#### 1. Richtig einkaufen

- mmer mehr Supermärkte stellen sich auf den Wunsch nach weniger Plastik ein und erlauben, die eingekauften Sachen in eigenen Verpackungen mitzunehmen. Obst und Gemüse kann beispielsweise in alten Wäschenetzen transportiert werden. Wurst und Käse von der Frischetheke passt in eine Tupperdose und damit man an der Kasse nicht noch zusätzlich eine Tragetasche kaufen muss, lohnt es sich, immer einen Jute-Beutel dabei zu haben (es dürften noch ein paar mit Juso-Design vom letzten Wahlkampf übrig sein).
- » In immer mehr Städten in Deutschland gibt es nun Unverpackt-Läden. Dort kann alles ohne Plastikverpackung gekauft werden. Ansonsten: macht es wie Oma und Opa und geht auf den Wochenmarkt, da gibt es im Normalfall qualitativ hochwertige Ware zu günstigen Preisen und unverpackt.
- » Natürlich macht es wenig Sinn, alle Plastiksachen aus der Wohnung zu werfen. Aber wenn mal etwas Neues hermuss, kann auf umweltfreundliches Material geachtet werden. Vor allem Küchenutensilien (Kochlöffel, Schalen oder Ähnliches) können aus Holz, Metall oder Glas gekauft werden und sind damit auch noch langlebiger als Kunststoffgeräte.
- Wer im Sommer gerne Eis ist, steht häufig vor der Entscheidung: Eis in der Waffel oder im Becher? Bestellt das Eis in der Waffel. Selbst wenn ihr keine Lust habt, die Waffel zu essen, ist es umweltfreundlicher diese wegzuwerfen, statt den Plastikeisbecher.

### 2. Deine täglichen Begleiter

Viel Plastikmüll lässt sich vermeiden, indem ihr euch einfach angewöhnt, ein paar kleine Gegenstände mit euch zu tragen, wenn ihr in die Stadt, zur Arbeit, zur Uni oder Schule geht.

» Ein Klassiker, den viele Städte bereits eingeführt haben, ist der Mehrweg-

- Kaffeebecher. In Städten wie Freiburg und Heidelberg ist die Idee bereits als Pfandsystem umgesetzt und auch andernorts kann man als Privatperson einen eigenen Kaffeebecher mitbringen. Oftmals geben Cafés sogar Rabatt, wenn man seinen eigenen Becher dabei hat.
- Das gleiche Prinzip ist auch auf Mehrwegtrinkflaschen übertragbar. Anstatt immer kleine PET-Flaschen zu kaufen, lässt sich eine Trinkflasche aus Glas oder Edelstahl an jedem Wasserhahn auffüllen. Dank der guten Wasserversorgung in Baden-Württemberg ist das übrigens auch völlig unbedenklich.
- Für diejenigen, die abends gerne mal in eine Bar gehen und nicht auf ihren Strohhalm verzichten wollen, gibt es im Internet einen zusammenfaltbaren Mehrweg-Strohhalm aus Edelstahl zu erwerben. Ansonsten gilt: einfach mal den Cocktail ohne Strohhalm bestellen.

### Mach es selbst

Einer der neuesten Trends ist es, alles Mögliche selbst herzustellen, beziehungsweise Alternativmethoden zu nutzen, um den Kauf von "notwendigen" Plastiksachen zu umgehen. Das spart nicht nur die Verpackung, sondern auch eine Menge Geld. Hier ein paar Ideen, zu denen es massig Tutorials und Informationen im Internet gibt:

» Nutzt Shampoo und Duschgel als Sei-

- fe. In Unverpackt-Läden oder simplen Bioläden gibt es Shampoo und Duschgel als spezielle Kernseifen, die besonders stark schäumen und gut riechen. Ein weiter Vorteil: die Seifen halten mindestens ein halbes Jahr und müssen nicht dauernd für viel Geld nachgekauft werden.
- » Viele Dinge, die in jedem Haushalt gebraucht werden, muss man nicht in Plastikverpackung kaufen. Waschmittel, Spülmittel, Gesichtscreme, selbst Deodorant lassen sich mit einfachen Zutaten und wenig Aufwand selbst herstellen. Als zusätzliche Motivation sollte vielleicht erwähnt werden, dass ein Waschgang mit selbst gemachtem Waschmittel nur etwa ein Viertel von dem kostet, was man für eine Wäsche mit Mittel aus dem Supermarkt bezahlt.
- » Was auf den ersten Anhieb etwas merkwürdig klingen mag, funktioniert manchmal einwandfrei. In Unverpackt-Läden kann man Zahnpasta als Tabletten kaufen. Zum Zähneputzen kann dann einfach die Tablette gekaut und mit ein wenig Wasser losgeputzt werden. Fühlt sich zwar ein wenig anders an, ist aber Gewöhnungssache und erfüllt seinen Zweck.

Plastik lässt sich nicht zu 100% vermeiden, aber mit ein bisschen Umstellung und wenig Aufwand kann jede\*r Einzelne seinen und ihren Plastikverbraucht reduzieren. Das tut nicht nur der Umwelt gut, sondern auch der Gesundheit. Beim Kauf von Plastikprodukten sollte deshalb auch darauf geachtet werden, dass kein Bisphenol A im Kunststoff ist, da der Stoff hormonell agiert und bei häufigem Gebrauch zu schweren körperlichen Schäden führen kann

Der Trend bewegt sich in Richtung plastikfrei. Immer mehr Alternativen setzen sich durch, aber es werden noch immer viel zu viel Kunststoffe produziert. Tragt also euren Teil dazu bei und bemüht euch. Verzichtet auf Plastik.

> Vanessa Bossler KONTRA-Redaktion

### Die Macht der Bilder — Visueller Wahlkampf

Im Zeitalter von komplexen Fragestellungen werden komplexe Antworten immer seltener – vielmehr wird versucht einfache und affektive Lösungen zu bieten - in den Wahlkampfperioden vor allem in Form von Bildern. Kurz vor den Kommunalwahlen sollten wir uns damit auseinandersetzen, wie wir Bilder verantwortungsvoll und zielführend im Wahlkampf einsetzen können. Ein Beitrag von unserer freien KONTRA-Redakteurin Stefanie Rapp (Kreisverband Ludwigsburg).

Bilder sind "schnelle Schüsse ins Gehirn"

Beinahe totgeglaubt hat es die FDP unter Christian Lindner mit ihrer Schwarz-Weiß-Bild Kampagne tatsächlich geschafft, ihr politisches Comeback zu feiern: Mit 10,7 % zog sie wieder in den Bundestag ein. Zentral für den Erfolg waren eben diese großflächigen Plakate, von denen schöne Menschen dem Passanten eine bessere Zukunft versprechen. Und nicht nur die FDP macht vor, wie die Macht der Bilder zielführend im Wahlkampf eingesetzt werden kann: gerade Rechtspopulisten mobilisieren ihre Anhänger vor allem in den sozialen Medien vorwiegend

den Kinder lautet "Sorry guys, we are too busy". Diese wird dann auf dem Bild der Frauen mit "helping these..." fortgesetzt. Natürlich weckt das Bild von hungernden Kindern das sofortige Bedürfnis zu helfen - dass man den Frauen stattdessen helfen könnte, wird willkürlich als Ungerechtigkeit wahrgenommen. Die Quellen der Bilder sind immer noch unklar. Ob es sich bei den Frauen wirklich um Geflüchtete handelt und ob auch nur eine von ihnen jemals Hilfe vom Staat bekommen hat, ist nicht ersichtlich - spielt aber für die emotionale Wirkung des Bildes auch keine Rolle. Der Betrachter hinterfragt schlichtweg nicht, was er gerade sieht. Das Bild gibt es seit mindestens 2016. Es wurde auf Facebook



bildbasiert.

Da ist beispielsweise das Bild, das verschleierte gutgelaunte Frauen auf einem Bahnsteig zeigt. Sie tragen Markensonnenbrillen und modische Kleidung. Darüber das Bild von hungernden Kindern. Ihre Körper sind ausgemergelt, man sieht jede einzelne Rippe und die Kleidung ist schmuddelig. Sie sehen den Betrachter mit großen traurigen Augen an. Die Bildunterschrift unter dem Bild der hungern-

und Twitter geteilt. So postete beispielsweise ein User namens Alex K. dieses Bild Anfang des Jahres als Antwort auf einen Post von Pro Asyl.

Der Grund, warum ein solches Bild überhaupt Macht über unser Denken entwickeln kann und warum es über Jahre hinweg seine emotionale Wirkung aufrechterhalten kann, liegt vor allem in der Art begründet, wie wir Menschen unsere Wirklichkeit konstruieren.

### Die Konstruktion der eigenen Wahrheit

Der Grundsatz dabei ist relativ einfach: Was direkt um uns herum geschieht, also was direkt von uns sinnlich erfahrbar ist, ist für uns die Wirklichkeit. In diesem Moment liest du diesen Artikel. Das Heft, in dem er abgedruckt ist, ist für dich direkt sinnlich erfahrbar: du siehst es, du fühlst das Papier in deinen Händen und vielleicht nimmst du den Geruch des bedruckten Papiers wahr. Du würdest nicht anzweifeln, dass es das Heft wirklich gibt (auch wenn Matrix uns etwas anderes gelehrt hat). So verhält es sich mit allem in deiner direkten Umgebung, das sinnlich wahrnehmbar ist. Du zweifelst sie nicht an, weil du aus allererster Hand - nämlich deiner eigenen - weißt, dass das alles so existiert und damit auch Wahrheit sein muss. Dinge, die sich nicht in deiner direkten Umgebung befinden, erfährst du über Medien. Auch die Sprache ist ein Medium. Wenn deine beste Freundin dir davon erzählt, dass sie im Urlaub in Indien Elefanten gesehen hat, dann wirst du entscheiden müssen, wie glaubhaft das für dich ist. Wenn mehrere Medien das gleiche berichten, dann wirst du das vermutlich auch in dein eigenes persönliches Wissen übernehmen und deine Vorstellung von Indien um Elefanten erweitern.

Zusammenfassend lässt sich also sagen: Was du selbst direkt erfahren kannst, ist für dich die Wahrheit. Was andere – beispielsweise Freunde, Lehrer, Zeitungen – dir vermitteln, musst du nach der Glaubwürdigkeit beurteilen und selbst in wahr oder unwahr einordnen, bevor es Teil deines Weltbildes wird.

### Bilder beeinflussen die Konstruktion unserer Wirklichkeit

Bilder sind ein Sonderfall. Ein stehendes oder ein bewegtes Bild (Film) ist ein direkter visueller Eindruck von einer Situation, die sich außerhalb der direkten Umgebung befindet. Zwar kannst du nicht hören, was die abgebildeten Personen sagen, du kannst nicht riechen, was du siehst, und fühlen kannst du höchstens das Papier oder die Oberfläche des Bildschirms. Trotzdem hast du einen visuellen Eindruck von etwas, was außerhalb deiner direkt erfahrbaren Umgebung stattgefunden hat. Das Bild holt dieses Ereignis nun in deine direkte sinnlich erfahrbare Umge-

bung und macht es damit zur Wirklichkeit - auch wenn es eigentlich nur ein Medium ist. Statt kritisch zu hinterfragen, was du siehst, nimmst du es ungefragt als deine Wahrheit an – du kannst es schließlich mit deinen eigenen Augen sehen.

### Was heißt das nun für den Einsatz von Bildern im Wahlkampf?

Die unreflektierte Wahrnehmung von Bildern im Wahlkampf zur Manipulation der Rezipienten zu nutzen, löst freilich Widerwillen aus. Dennoch müssen wir uns eines klarmachen: Unsere politischen Gegner nutzen diese Macht der Bilder - mit all ihren affektiven und emotionalen Wirkungen auf die Menschen. Christian Lindner hat mit seiner Kampagne den Wunsch nach einem erfolgreichen Leben aufgegriffen, indem er Schönheit und Ästhetik als Verlangen der Menschen visualisiert hat. Und es hat funktioniert. Ich will damit nicht sagen, dass wir mit Martin Schulz in  $_{\widehat{\Theta}}$ schwarz-weiß mehr Erfolg gehabt hätten, aber wir sollten uns auf die Suche nach Bildern machen, die unsere Werte thematisieren und vor allem auf emotionalem Wege den Menschen näherbringen. Dabei können wir beispielsweise auch auf die Kraft der Sehgewohnheiten zurückgreifen.

### Sehgewohnheiten

Bestimmte wiederkehrende Motive leiten die Art und Weise, wie wir Bilder interpretieren. Diese Sehgewohnheiten sind von Kultur zu Kultur verschieden: jede Kultur bringt andere Sehgewohnheiten hervor und diese gehen auf eine lange Tradition zurück.

Römische Kaiser, wie beispielsweise Marc Aurel, ließen sich gerne in Reiterstandbildern verewigen. Für die Römerin oder den Römer muss also schnell klar gewesen sein: Sehe ich eine Statue mit einem Mann auf einem Pferd, ist das vermutlich ein Kaiser. Das machten sich auch spätere Herrscher zunutze: Napoleon ließ sich auf dem Gemälde "Bonaparte beim Überschreiten der Alpen am Großen Sankt Bernhard" von Jagues Louis David aus dem Jahr 1800 ebenfalls auf einem Pferd sitzend und mit wehendem Umhang darstellen. Kaiser Wilhelm I. ließ sich sogar ganze 63 Mal als Reiterstandbild verewigen. Auch hier wussten die Menschen: Der Mann auf dem Pferd muss der Kaiser sein. Auch Wladimir Putin machte sich dies 2016 zunutze. In seinem Sommerurlaub ließ er sich hoch zu Ross mit nacktem Oberkörper ablichten. Er stellt sich damit als mächtigen Mann und Teil der Elite dar, als einen Herrscher, der naturnah, jugendlich und trainiert ist. Das Bild des Herrschers zu Pferd ist fest verankert in unserem kulturellen Gedächtnis.

Ein Bezug auf dieses Bild kann deshalb sowohl absichtlich als auch unbeabsichtigt Assoziationen wecken und damit seine Rezipienten beeinflussen.

Nun wäre es auch sicherlich der falsche Weg, die Kandidatinnen und Kandidaten für den Gemeinderat auf Pferden sitzend zu fotografieren. Mit diesem Beispiel soll nur gezeigt werden, wie vorbestimmte Muster und Motive die Wahrnehmung von Bildern auch unbeabsichtigt beeinflussen können. Das muss auch nicht ein so plakatives Motiv wie ein Pferd sein – die Interpretation eines Bildes kann auch durch bestimmte Farben oder durch den Betrachterstandpunkt beeinflusst werden. Wird beispielsweise eine Kandidatin oder ein Kandidat von unten nach oben fotografiert, erweckt dies den Eindruck, er oder sie stünde höher als der Betrachter selbst. Auch hier greifen dann wieder unsere Sehgewohn-

#### Motivsuche

Für den anstehenden Kommunalwahlkampf kann nun also folgendes festgehalten werden: Bilder sind mächtige Wahlkampfhelfer. Nicht nur auf Plakaten, sondern auch in den sozialen Medien können gut gewählte Bilder die Wählerinnen und Wähler emotional ansprechen. Dabei sollten auch wir uns die Sehgewohnheiten zunutze machen und nach Motiven suchen, die unsere Werte visuell vermitteln. Dafür lohnt sich beispielsweise ein Blick in die Kunstgeschichte oder in die Archive unserer eigenen Partei.

Nur eines möchte ich euch dabei ans Herz legen: Jedes Bild, das für eine Kampagne verwendet wird, muss immer kritisch hinterfragt werden: Wer hat es aufgenommen? Wann wurde es aufgenommen? Wen zeigt es? Welche Intention hatte der Bildautor?



heiten: Die Person erscheint machtvoll, ja geradezu überlegen. Wird jedoch ein Bild veröffentlich, bei dem der Rezipient sich auf Augenhöhe mit der abgebildeten Person befindet, dann wirkt er oder sie nahbar und wie "einer von uns". Wo wurde es bereits veröffentlicht?

Wenn wir unsere Bilder nicht kritisch hinterfragen und sie bewusst zur Täuschung einsetzen, dann sind wir nicht besser als die, die wir für ihren Populismus kritisieren. Bilder im Wahlkampf haben ungeahnte Potenziale und entfalten eine große Macht, mit der wir verantwortungsvoll umgehen müssen. Auch das will gelernt sein.

### Braunkohlekraft — Nein, danke!

Pro Klimaschutz sind wir Sozialdemokrat\*innen alle. Aber gibt es auch Nachteile, die sich aus einem ökologisch gesinnten Spurwechsel ergeben? Max Nothaft (Kreisverband Ludwigsburg) beschäftigt sich mit der Frage, welche Risiken bei der ökosozialen Wende bedacht werden sollten.

Wie kann es sein, dass es tatsächlich Menschen gibt, die sich für einen der stärksten Verursacher von Treibhausgasen einsetzen? Der gesellschaftliche Trend hat sich stark gegen die Braunkohle gewendet und eine Ausstiegskampagne jagt die nächste. Dennoch gibt es sowohl soziale, ökonomische und sogar ökologische Gründe, die Debatte mit mehr Sachkenntnis zu führen und den besten Weg für alle zu finden. Nachfolgende Debatte soll dazu beitragen, dass wir als Sozialdemokrat\*innen unseren sozialpolitischen wie rationalen Kompass auch bei diesem Thema nicht verlieren.

### Noch sind nicht alle Technologien ausgereift

Erneuerbare Energien (EE) müssen vom Erzeugungsort zum Endverbraucher gebracht werden. Hier besteht einer der derzeit kritischsten Engpässe. Während im Norden Deutschlands massiv erneuerbare Energie erzeugt wird, wird sie nur bedingt in den erzeugungsschwachen Süden transportiert. Die Begründung lautet, dass die notwendigen Kabel schlicht nicht gelegt wurden. Von den notwendigen 7700km sind derzeit nur 950km verlegt. Das ist wie Autos bauen ohne Autobahnen. So ist nicht einmal der Atomausstieg zu verkraften. Neben politisch verursachten Problemen sind es übrigens oft "grün" angehauchte Bürgerbewegungen, die sich auf lokaler Ebene quer stellen und den Ausbau mittels Klagefreudigkeit lange verzögern. Energiewende ja, aber nicht bei mir. Verlierer\*innen sind die Menschen, die nicht das Know-how oder Geld zum Klagen

hahen

Das nächste technisch nicht überwundene Problem, ist die Unfähigkeit den erzeugten Strom zu speichern. Konkret bedeutet das, dass es bei starken Wind zu viel Strom im Netz gibt und bei Windflaute zu wenig. Es gibt zwar beeindruckende Ideen, keine ist jedoch auf Jahre gesehen einsatzfähig. Beinahe unmöglich wird es, wenn man bedenkt, dass die letzten Atommeiler bis 2021 aus dem Stromnetz genommen werden. Zusammenfassend haben wir es hierbei mit großen Problemen zu tun, die zunächst behoben werden müssen, bevor man weitere Energieträger aus dem Strommix entfernt.

#### Schützt die Arbeitsplätze

Braunkohle ist mit etwa 22,6% an der Bruttostromerzeugung nach wie vor der wichtigste Stromerzeuger Deutschlands. Gerade aus sozialpolitischer Sicht ist die Braunkohleförderung und Verbrennung wichtig. Dabei ist sie, im Gegensatz zu den EE, subventionsfrei und der günstigste aller Stromerzeuger. D.h. konkret, dass sich auch ärmere Menschen Strom aus Braunkohleerzeugnissen leisten können. Auch aus arbeitsmarktpolitischer Sicht dürfen die knapp 20.000 Menschen in der Branche nicht vergessen werden, inklusive Familien. Zudem liegen alle noch vorhandenen Abbaugebiete in strukturschwachen Gebieten, wo Populist\*innen wie die AfD nur darauf lauern, dass wir Arbeitsplätze vernichten. Gerade als Partei der Arbeit müssen uns diese tariflich gut bezahlten Arbeitsplätze wichtig sein. Zumal an dieser

> günstigen Energieguelle hunderttausende weitere Arbeitsplätze in der energieintensiven Industrie, wie der chemischen - und metallverarbeitenden Industrie, hängen. Diese kann mit teurem Strom nicht mehr wettbewerbsfähig produzieren. Kurz gesagt: Braunkohle ist ein in ieder Hinsicht soziapolitisch wichtiger Player, den man nur mit größter Vernunft und echten Alternativen für die Menschen beenden sollte.

### Aber wie relevant ist die deutsche Braunkohle für das Weltklima eigentlich?

Deutschland hatte im Jahr 2016 einen Gesamtausstoß von klimaschädlichen Gasen von 2,23%. Etwas unter 50% davon stammen aus der Braunkohleverstromung, sodass die deutsche Braunkohle einen Anteil an den weltweiten Klimagasen von etwas über 1% hat. Ein sofortiger Ausstieg würde das Weltklima keineswegs retten, insbesondere, da alleine China seinen Ausstoß jährlich um höhere Werte steigert. So bitter das letztendlich klingt: Wir haben Zeit das Thema Braunkohle vernünftig anzugehen. Zuletzt ist ein schneller Ausstieg auch aus ökologischen Gründen nicht sinnvoll. Angenommen wir steigen aus der Braunkohle aus.

Dann müsste die Lücke in der Stromversorgung anderweitig geschlossen werden. Dank eines europäischen Strommarktes wäre das auch möglich, wenn auch auf Dauer sehr teuer. Aber wo käme der Strom dann her? Zum Teil aus uralten und gefährlichen Atommeilern in Belgien und Frankreich nahe der deutschen Grenze. Oder aus den dreckigen, weil uralten Kohlemeilern in Polen. Das kann auch der ökologischste Mensch nicht als sinnvoll ansehen.

### Der sinnvollste Weg zur Energiewende

Beim Versuch das Thema Braunkohle aus den verschiedenen Perspektiven zu betrachten, zeigt sich, dass die EE technisch derzeit nicht konstant an allen Orten Strom liefern können. Auch dürfen wir nicht vergessen, dass wir über die sozialen Existenzen zehntausender Menschen in strukturschwachen Regionen diskutieren und das Weltklima nicht durch die deutsche Braunkohle gerettet wird. Letztendlich will niemand Strom aus uralten Atomoder Kohlemeilern an deutschen Grenzen beziehen.

Es geht nicht um "Energiewende ja oder nein". Es geht um den für alle sinnvollsten Weg dahin. Wir als Sozialdemokrat\*innen sollten und können dabei einen durchdachten Beitrag leisten, statt auf emotional geführte Angstkampanien aufzuspringen.

nedu503 / pixabay.com, CC-L

**Max Nothaft** KV Ludwigsburg

### Zeit für eine Energiewende!

Die SPD drückt auf die Bremse, was den Kohleausstieg und die Energiewende betrifft. Warum sie damit so schnell wie möglich aufhören und stattdessen ökologische Themen für sich besetzen sollte, analysiert David Schwarz (Kreisverband Ludwigsburg).

n Umweltfragen glauben viele, die SPD sei die Partei der Kohlebosse und Emissions-Lobbyist\*innen. Und wer könnte es ihnen verdenken, wenn Andrea Nahles unter der Überschrift "SPD bremst beim Klimaschutz", vor einer "Blutgrätsche gegen die Braunkohle" warnt?

Der Kohleausstieg ist ebenso komplex wie alternativlos, wenn wir unsere selbstgesteckten Klimaziele erreichen wollen. Aber statt entschlossen zu handeln und Fakten zu schaffen, haben wir in der großen Koalition eine Kommission gegründet, die prüft, wie man "die Lücke zur Erreichung des Reduktionsziels für 2020 möglichst reduzieren kann". Veröffentlichung des Ergebnisses: Ende 2018, zwölf Monate bevor besagtes Ziel erreicht sein soll. So geht ambitionierte Klimapolitik. Es ist längst Zeit, dass wir Sozialdemokrat\*innen beim Umweltschutz unsere konservative, ängstliche Haltung ablegen.

Oft wird gewarnt, mit erneuerbaren Energien seien wir den Launen der Natur ausgesetzt: Bei Sturm brennen alle Sicherungen durch, weil wir so viel Strom gar nicht verbrauchen können; und bei Windstille fällt plötzlich der Strom aus. In jedem Fall ist es dunkel. Man könne den Strom nicht in Zeiten hoher Leistung für windstille Stunden zwischenspeichern.

Diese Sorge ist übertrieben. Schon jetzt werden teilweise Pumpspeicherwerke zu diesem Zweck eingesetzt. Doch es gibt auch viele andere innovative Ideen: Auf lokaler Ebene könnten die heimischen Solar-Speicher einzelner Haushalte gewissermaßen von Stromanbietern gemietet werden, um Energie für die ganze Nachbarschaft zu lagern. Um solche Ansätze flächendeckend umzusetzen, braucht es nur die entsprechenden wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen. — Rahmenbedingungen, die eine entschlossene

sozialdemokratischen Regierung schaffen könnte.

Tatsächlich ist die deutsche Energiewirtschaft weit robuster als oft angenomme. Deutschland verkauft momentan Kohlestrom ins Ausland, der hier durch den Ausbau der erneuerbaren Energien nicht mehr benötigt wird. Daher könnten auf einen Schlag die zwanzig ältesten Braunkohlekraftwerke vom Netz genommen werden, ohne dass die Stromversorgung selbst in einer

kalten, windstillen Nacht bedroht wäre. Wir sind nicht von Energiearmut bedroht wir sind Nettoexporteur\*innen!

Wir müssen auch nicht befürchten, die deutsche Industrie sei nach dem Kohleausstieg nicht mehr wettbewerbsfähig. Aufgrund von Ausnahmeregelungen, die für Industriezweige bestehen, welche viel Strom verbrauchen, werden die Kosten für diese Firmen durch den Ersatz von Kohlestrom durch erneuerbare Energien sogar sinken.



Auf die knapp 20 000 Menschen in der Lausitz und im Rheinland, die von der Braunkohle leben, müssen wir Rücksicht nehmen. Doch auch ihnen tut die SPD mit ihrer unsicheren Haltung keinen Gefallen. Klar ist: Das Schicksal der Kohleindustrie ist längst besiegelt, weltweit liegt sie im Sterben. Seit 1980 ist die Anzahl der dort Beschäftigten stetig gesunken. Daher muss die SPD jetzt entschlossen handeln, anstatt weiter abzuwarten.

Wir müssen im großen Stil in diese Regionen investieren, um dort neue Industrien anzusiedeln, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Ein eigener, gut bestückter Strukturfond muss her. Abzuwarten und den Menschen vorzugaukeln, alles könne bleiben wie es ist, ist eine schädliche, konservative Strategie.

Durch gute, sozialdemokratische Strukturpolitik kann es in Jänschwalde und Jüchen eine fortschrittliche Zukunft und gut bezahlte Arbeitsplätze geben. Was den Menschen dort nicht helfen wird, ist eine abwartende SPD, die aus Angst vor ihren eigenen Wähler\*innen versucht, die Augen vor der Realität zu verschließen.

#### Wofür das alles?

Deutschland ist reich - aber nicht so reich. Die deutsche Wirtschaft ist groß - aber nicht so groß. Unser CO2-Ausstoß ist nennenswert - aber er ist nicht riesig. Was auch immer wir hier tun, wird das Weltklima nicht retten, auch der Kohleausstieg nicht. Der Klimaschutz ist eine globale Aufgabe. Aber gerade deshalb haben wir eine Verantwortung, unseren Teil beizutragen.

Wie beim Schutz der Menschenrechte, bei der Wahrung der Pressefreiheit und beim Erhalt der Demokratie spielt auch hier unsere Vorbildfunktion eine zentrale Rolle für die Diplomatie. Wenn wir nicht aussteigen, geben wir diese Funktion auf. Wenn wir nicht aussteigen, können wir dasselbe niemals glaubwürdig von Anderen verlangen. Wenn wir nicht aussteigen — dann tut es niemand.



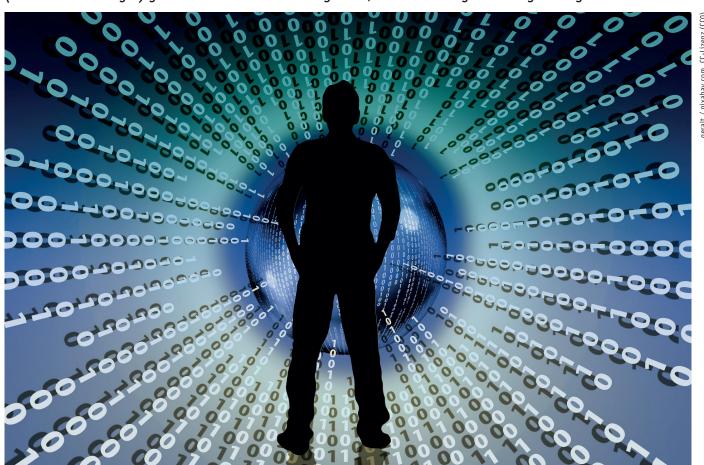
### Die Voraussetzungen für eine echte Energiewende sind da

Es liegen umfassende Studien zum Thema Energiewende vor. Viele davon wurden von der Denkfabrik Agora Energiewende veröffentlicht. In ihrem zentralen Gremium, dem "Rat der Agora", sind CSU-Politiker\*innen ebenso vertreten wie Abgeordnete der Grünen, Gewerkschaften ebenso wie Unternehmen und Umweltverbände. Diese diverse Organisation kommt zu dem klaren Schluss: die Energiewende ist machbar und sie muss geschehen.

**David Schwarz** KONTRA-Redaktion

### Diese Seite konnte leider nicht geladen werden...

Deutschland wurde im Oktober 2018 vom Weltwirtschaftsforum zum innovativsten Land der Welt erklärt. Im Bereich der Digitalisierung hängt Deutschland allerdings weit hinterher. Unsere freie KONTRA-Redakteurin Victoria Marciniak (Kreisverband Tübingen) geht aus diesem Grund der Frage nach, wie man die Digitalisierung sozial gestalten kann.



Das Internet ist für uns alle Neuland [...]." - Dieser Satz der Kanzlerin aus ■■dem Jahre 2013 hat für viel Häme und spaßige Momente in Satire Shows gesorgt. Nun, im Oktober 2018, hat das Weltwirtschaftsforum (WEF) die Bundesrepublik Deutschland zum innovativsten Land der Welt erklärt. Die Innovation ist nur eine der 12 Kriterien des WEFs, um die Wettbewerbsfähigkeit der Länder zu beurteilen. Auch das Thema Digitalisierung ist ein Steckenpferd des Weltwirtschaftsforums. Doch Obacht! Deutschland hinkt in Hinblick auf die digitale Innovation weltweit ziemlich hinterher. Ideenfindung und Patente, Gesundheits- und Finanzwesen sind nur die eine Seite der Medaille.

### Wird Deutschland den Weg an die Spitze schaffen?

Die andere Seite ist der 32. Platz im europaweiten Vergleich der LTE-Netz-Geschwindigkeit – die fünft letzte Platzierung hinter der Türkei und vor Georgien. Aus derselben Studie, The State of LTE (Stand: Februar 2018), geht außerdem hervor, dass die Verfügbarkeit des LTE-Netzes

in Deutschland bei gerade einmal 65,67% liegt. Nur zum Vergleich: Wir liegen hinter Albanien (67,94%) und vor Kolumbien (65,51%). Weltspitze ist hier Südkorea (97,49%). Besonders stürmisch treffen das langsame Internet und der unzureichende LTE-Netz-Ausbau die ländlichen Regionen. Doch die Digitalisierung ist kein Hurricane, der plötzlich und unkontrollierbar über uns hereinbricht, auch wenn man bei einigen Politiker\*innen den Anschein haben mag, als wäre das Internet tatsächlich Neuland. Die Industrie 4.0 bietet viele Chancen und Möglichkeiten - die Politik muss lediglich die Weichen für die Zukunft legen. Ein Blick in den Koalitionsvertrag zeigt: die Probleme wurden durchaus erkannt und es wurden auch durchaus gute Ideen formuliert und fast schon utopischer Ehrgeiz entwickelt: Deutschland solle bis zum Jahre 2025 "Weltspitze der digitalen Infrastruktur" werden. Besonders hervorzuheben ist dabei ein Rechtsanspruch, den Bürger\*innen bis 2025 auf schnelles Internet haben sollen. Doch was versteht die Bundesregierung unter "schnellem" Internet? Wer soll dafür aufkommen? Die Industrie? Wohl kaum.

### Die älteren Generationen fit machen für ein neues Zeitalter

Nur wie lässt sich Digitalisierung sozial gestalten? Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit beginnen oft beim Thema Bildung und genau dort hat der Koalitionsvertrag auch die richtigen Akzente gesetzt, wie zum Beispiel "die Vermittlung von digitalen Fähigkeiten als Schlüsselkompetenz für alle Altersgruppen". Die Vermittlung von Fachwissen ist eine Investition in die Zukunft - sowohl für junge als auch für ältere Menschen. Kaum ein Arbeitsbereich ist mehr ohne Bits und Bytes funktionsfähig. Beschäftigte brauchen immer öfter "digitale Kompetenzen": diese müssen regelmäßig erweitert sowie aus- und weitergebildet werden.

Oft genug wird die Digitalisierung dämonisiert, weil durch den technischen Fortschritt in den nächsten fünf Jahren voraussichtlich bis zu 3,4 Millionen Arbeitsplätze wegfallen werden (Bitkom). Diese Menschen müssen umgeschult und ihnen müssen neue Perspektiven geboten werden. Die Politik muss den Bürger\*innen

die Möglichkeiten bieten, sich Kernkompetenzen im Bereich des Technik Know-Hows anzueignen. Wie schreibe ich eine E-Mail? Wie bediene ich Office-Programme? Was ist ein Browser? Vieles, was für uns junge Hüpfer offensichtlich erscheint, ist für ältere Menschen ein Buch mit sieben Siegeln.

### In Digitalisierung investieren – in allen Lebenslagen!

Mit diesem Wissen gerüstet wären sie so in der Lage ihren Kindern von klein auf wichtige Grundlagen beibringen. In diese Kinder will die Bundesregierung in Form des schon vor zwei Jahren angekündigten Digitalpakts fünf Milliarden Euro investieren - 3,5 Milliarden noch in dieser Legislaturperiode. Was war noch einmal der Digitalpakt? Die Idee ist einfach: der Bund soll die Länder bei der technischen Aufrüstung

von Schulen mit finanziellen Mittel unter die Arme greifen. Die technische Modernisierung beinhaltet jedoch nicht den freien Zugang zu Software an Schulen wie von Bildungsaktivisten gefordert.

Aufholbedarf gibt es auch beim Plan, WLAN-Netze an öffentlichen Einrichtungen und Orte für alle Bürger\*innen frei zugänglich zu machen. Freies Internet für alle! – In anderen Ländern schon längst eine Selbstverständlichkeit. Egal, ob beim Shoppen oder im Zug: Jede\*r Bundesbürger\*in sollte die Möglichkeit haben, kostenlos im Internet surfen zu können.

#### Lasst es uns anpacken!

Alles in allem soll die Bevölkerung fit für den digitalen Wandel gemacht werden. Jetzt ist die Zeit, um Weichen für die Zukunft zu legen, bevor uns der Digitalisierungszug völlig entgleist. Im Koalitionsvertrag wurden ehrgeizige Ideen formuliert, die Ansätze sind da. Leider wurden die ersten Versprechen bereits gebrochen: Im September 2018 befürwortete eine Mehrheit der EU-Abgeordneten dem im Koalitionsvertrag als "unverhältnismäßig" bezeichneten Uploadfilter (§13). Allerdings erst nach der zweiten Abstimmung – bei der ersten Abstimmung im Juni wurde der Gesetzesentwurf von Axel Voss (CDU) vorerst abgelehnt. Im Vorfeld hatten fast eine Millionen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland eine Petition gegen die "Zensurmaschine" unterschrie-

> Victoria Manciniak KV Tübingen

### Der Klimawandel in Zeiten von Fake-News

Dass Rechtspopulist\*innen den Klimawandel leugnen erwarten wir heutzutage fast schon. Was genau sie aber dazu bewegt bleibt oft ungesagt. KONTRA-Redakteur Adrian Pelz (Kreisverband Enzkreis) setzt sich mit dieser Frage auseinander und erkundet die ideologischen und praktischen Gründe für rechtspopulistische Realitätsverweigerung.

ast alle politischen Parteien sind sich bezüglich des Klimawandels einig: Er ist menschengemacht und entsteht dadurch, dass wir zu viel CO2 ausstoßen. Leider ist es aber so, dass es ernstzunehmende politische Kräfte gibt, die leugnen, dass der Klimawandel durch den Menschen verursacht wird. Besagte politische Kräfte sind nicht nur ein lokales, deutsches Problem, sondern treten weltweit immer mehr in Erscheinung. Hier in Deutschland ist es die AfD, die in ihrem Wahn, eine angebliche Alternative zu den anderen Parteien zu sein, Maßnahmen zur Reduzierung des CO2-Ausstoßes entschieden ablehnt. In den USA ist es der Präsident, der im Wahlkampf spottete, wo denn die Erderwärmung sei, weil es ihm zu kalt war. Brasilien hat erst vor kurzem den Rechtsextremen Bolsonaro zum Präsidenten gewählt, der die "grüne Lunge" unseres Planeten abholzen möchte und damit liebäugelt, aus dem Pariser Klimaabkommen auszutreten.

### Warum leugnen RechtspopulistInnen den Klimawandel?

Die Frage die sich stellt ist, welches Interesse die rechtspopulistisch-rechtsextremen Kräfte daran haben, so eine starke Ablehnung gegenüber dem Klima und der Umwelt zu haben. Eine mögliche Antwort

Klimawandel?!?

Wird maßlos übertrieben!

Alles im Rahmen
natürlicher Schwankungen!

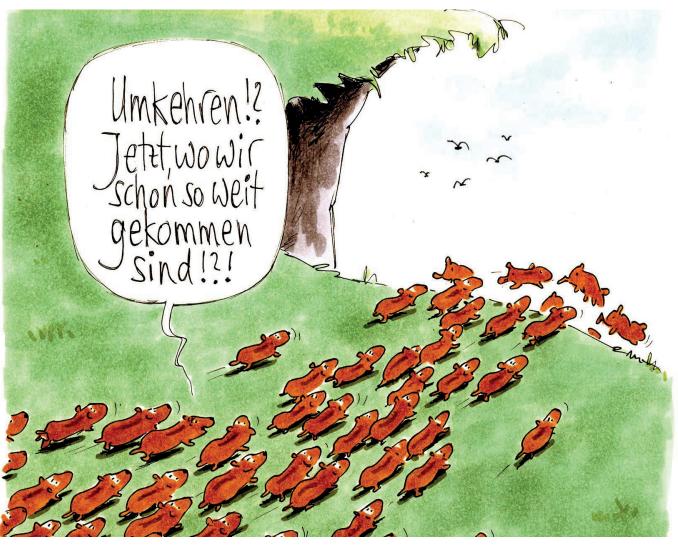
Und falls es ihn
doch gibt...

für unsere hijritschaft!!

ist folgende: Es ist einfach unglaublich bequem, nichts zu unternehmen, um den Klimawandel zu stoppen. Es ist nämlich durchaus ein Kraftakt nötig, um entsprechende Maßnahmen zu vollziehen, die den Klimawandel sinnvoll bekämpfen können. Die rechtspopulistischen beziehungsweise rechtsextremen Kräfte können ihren Anhänger\*innen ein simples Bild vermitteln: Nein, ihr müsst euer Verhalten nicht ändern, ihr könnt weiterhin so viel CO2 ausstoßen wie ihr mögt. Eine weite-

re Antwort ist, dass Politiker\*innen wie Trump Arbeiter\*innen aus klassischen Industriezweigen wie zum Beispiel der Stahlindustrie für sich gewinnen wollen. Das Ausspielen von Umweltschutz gegen Arbeitsplätze ist ein bekanntes Muster. Es ist jedoch zu einfach, diese beiden Kasonaro und Alice Weidel verkörpern zwar vordergründig die Interessen des "kleinen Mannes" oder der "kleinen Frau", stehen aber in der Realität für ein marktliberales Konzept. Auch ihre Herkunft zeigt ziemlich deutlich, dass diese Menschen mitnichten am "normalen" Bürger und an der "nordie Anhänger\*innen dieser autoritären Personen nicht nur einen Hass gegenüber Menschen, sondern auch gegen die Umwelt und unseren Planeten. Dabei verstehen sie auch nicht, dass durch den Klimawandel Konflikte in Krisengebieten katalysiert werden. Für diejenigen, die die Flüchtlinge

Gerhard Mester / commons.wikimedia.org, CC-Lizenz (CC BY-SA 4.0)



tegorien gegeneinander auszuspielen. Es ist möglich und vor allem realistisch, den betroffenen Arbeiter\*innen andere Perspektiven wie Umschulungen und, ab einem gewissen Alter, eine Art Frührente anzubieten. Doch auch hierfür bedarf es eines Kraftaufwands, dem sich Populist\*innen schlichtweg nicht stellen können oder wollen. Dieser Lösungsvorschlag ist vor allem aber auch eines: komplex. Komplexität ist oftmals das Gegenteil von einfach. Und gerade die Einfachheit ist der Charme des Populismus.

### Nicht nur rechtsradikal, sondern auch marktradikal

Ein weiterer Grund, weshalb sich die Populist\*innen gegen den Schutz des Klimas entscheiden, ist der, dass die Populisten in den allermeisten Fällen äußerst neoliberal sind. Menschen wie Trump, Bolmalen" Bürgerin interessiert sind. Donald Trump ist Multimillionär und Alice Weidel war für Goldman Sachs und Allianz Global Investors tätig, bevor sie in den Bundestag einzog. Der Knackpunkt hierbei ist folgender: Der Kapitalismus kennt keinen Umweltschutz. Der Umwelt- und Klimaschutz ist ein langfristiges Ziel und steht damit quasi automatisch im Widerspruch zu dem schnellen, kurzfristigen Profitstreben der Marktmächte.

### Klimawandel = "Fake-News"?

Das Ernüchternde ist jedoch, dass der Klimawandel faktisch menschengemacht ist. Darüber ist sich die breite Mehrheit der Wissenschaftler einig. Nun befinden wir uns aber in einer Zeit, in der Fakten nicht mehr viel zählen. Trump und sein Umfeld prägen Worte wie "Fake-News" und "Alternative Fakten". So entwickeln

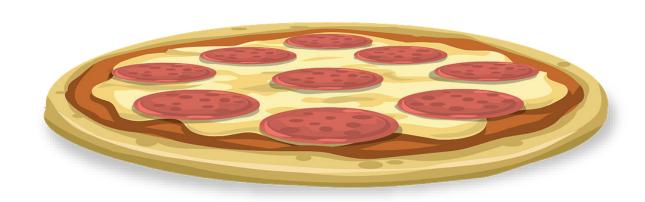
als Feindbild haben, müsste das eigentlich alle Alarmglocken läuten lassen, denn jeder Konflikt in unserer globalisierten Welt erzeugt Flüchtlinge, die dann in die "westlichen" Länder migrieren.

Das Thema Umweltschutz ist wichtig, das ist uns bewusst. Wir müssen aber einen Schritt weiter gehen als das. Wir müssen verhindern, dass der Eindruck entsteht, dass Umweltschutz nur etwas für die Mittelschicht ist. Wir müssen deutlich machen, dass Umweltschutz uns alle betrifft. Egal ob reich oder arm. Auch müssen wir vielleicht mehr als bisher erklären, warum Umweltschutz wichtig ist. Denn wenn man gut argumentiert, gelten Fakten vielleicht wieder mehr.

Adrian Pelz KONTRA-Redaktion OpenClipart-Vectors / pixabay.com, CC-Lizenz (CCO)

### Die gesunde Tiefkühlpizza!

Unser KONTRA-Redakteur Adrian Pelz (Kreisverband Enzkreis) kommentiert die Forderung der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Julia Klöckner (CDU), die Pizzagrößen zu verkleinern.



ie Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner (CDU) dachte sich neulich beim Verzehren einer Pizza: "Hmm, wie kann ich dieses schmackhafte Gericht gesünder machen?" Dabei hatte sie mal wieder einen ihrer vielen politischen Geistesblitze: "Warum vereinbaren wir nicht einfach mit den Tiefkühlpizza-Hersteller\*innen, dass sie kleinere Tiefkühlpizzen herstellen?" Weniger ungesunde Pizza bedeutet ja schließlich auch, dass man mehr gesund is(s)t. Wieder einmal merkt der\*die politische Beobachter\*in, was für tolle Ideen Julia Klöckner hat. Neben besagtem Vorschlag ist die CDU-Vizevorsitzende dafür, die

Bio-Richtlinien aufzuweichen und Pestizide in der ökologischen Landwirtschaft zu erlauben. Warum das wichtig und richtig sein sollte, versteht bis heute niemand so wirklich, aber das ist auch egal, denn der Vorschlag kommt ja von Julia Klöckner und sie wird schon wissen, was sie tut.

Aber befassen wir uns doch intensiver mit der "Tiefkühlpizzen-Verkleinerungs-Idee".

Will die Bundesernährungsministerin uns ungesundes Essen verbieten? Mitnichten. Viel eher soll eine freiwillige Vereinbarung mit der Lebensmittelindustrie getroffen werden. Dadurch, das Fertiggerichte oftmals mehr Zucker, Fett und Salz als selbstgekochtes Essen enthält, fordern viele Expert\*innen die Einführungen einer Lebensmittelampel. Mit dieser sollen Verbraucher\*innen besser erkennen können, wie gesund oder ungesund ein Lebensmittel ist. Doch Julia Klöckner hat da eine deutlich bessere Idee: Um den Körperumfang der Kund\*innen zu verringern, verringern wir doch einfach den Umfang der Pizzen! Freiwillig, versteht sich.

Adrian Pelz KONTRA-Redaktion

### **SEI KREATIV!**



Die Jusos sind nicht nur politisch, sondern auch kreativ. Deshalb bietet das KONTRA Raum für die Werke unserer Künstler\*innen aus dem Verband.

Du hast auch Werke, die du gerne mit anderen teilen willst? Dann sende uns deine Texte an kontra@jusos-bw.de.

## Wie in einem 2000-Seelen-Dorf europäische Werte begraben wurden

Riace,ein kleines Dorf in Italien, welches den Sprung von theoretischen Überlegungen zu funktionierender Integration geschafft hat, leidet. Unter dem Bürgermeister Domenico Lucano wurde es zwar von dem Fluch der Peripherie und dem Wegzug vieler Einwohner\*innen geheilt, doch die Medizin schmeckte nicht allen. Die Medizin, eine funktionierende Integration der das Dorf passierenden Migrant\*innen, stößt auf harten Widerstand bei den populistischen Entscheidungsträger\*innen in Italien. KONTRA-Redakteurin Jule Simon (Kreisverband Tübingen) setzt sich mit der Geschichte und den Hintergründen auseinander.



### Das alte Problem

■lüchtlingsströme, Leitkultur, Einwanderungsland. Wir schaffen das. Dann: Ein Verbrechen. Ein Schreckliches. Begangen von Geflüchteten. Und wieder: Integrationsfähigkeit, humanitäre Verpflichtung, begrenzte Möglichkeiten. Seit Jahren beherrschen Schlagwörter wie diese die Berichterstattung in Deutschland, politische Debatten, Stammtischgespräche. Wir drehen uns im Kreis, die Argumente sind ausgetauscht, die Probleme erkannt, Lösungsansätze diskutiert. Und offiziell umgesetzt? Nichts. Allen ist bewusst, dass Europa eine gemeinsame Migrations- und Flüchtlingspolitik braucht, allen ist klar, dass die Vielzahl an Geflüchteten der letzten Jahre keine vorübergehende Erscheinung ist und dass es langfristig ausgelegter Regelungen und Reformen in diesem Bereich bedarf. Die gibt es aber bislang nicht. Nicht in Deutschland und nicht in Europa. Und so bleiben die Kommunen auf absehbare Zeit weiter sich selbst überlassen. In Italien ist das ähnlich.

#### Ein erfrischend neues Modell

In dieser Situation ist es dann von den Menschen vor Ort abhängig, ob Integration gelingt. Domenico Lucano, Bürgermeister von Riace, einem kleinen Dorf im italienischen Kalabrien, hat den Sprung von theoretischen Überlegungen zu funktionierender Integration geschafft. In Riace prallen seit vielen Jahren zwei Phänomene aufeinander: Zum einen starb das Dorf mehr und mehr aus. Es litt unter den bekannten Problemen der Peripherie, in der viele Menschen für sich keine Perspektive finden können. Gleichzeitig pas-

sierten zunehmend Migrant\*innen das im Süden Italiens gelegene Riace. Und so begann "Mimmo" Lucano den Menschen die verlassenen Häuser in seinem Dorf anzubieten und sie blieben. Das Leben kehrte nach Riace zurück, die Schule wurde wieder eröffnet. Und die beiden Probleme – das aussterbende Dorf und die Migrationsströme – hoben sich gegenseitig auf.

#### Solidarität als Straftat

Durch sein Handeln füllte Lucano einen der Grundwerte der Europäischen Union mit Leben: Solidarität. Man sollte meinen, ein Mitgliedstaat der Europäischen Union wäre stolz auf solch ein Erfolgsprojekt und würde es unterstützen. Oder zumindest nicht boykottieren. Aber der politische Wind in Europa dreht sich und in Italien wird deutlich, wie die europäischen Werte unter

populistischen Entscheidungsträger\*innen zu leiden haben. Anfang Oktober wurde Domenico Lucano unter Hausarrest gestellt. Der Vorwurf: Begünstigung der illegalen Einwanderung. Inzwischen ist der Hausarrest aufgehoben, der inzwischen suspendierte ehemalige Bürgermeister von Riace darf allerdings sein Dorf nicht betreten.

### Das Recht auf Ungehorsam

Der Chef der italienischen Linkspartei "Sinistra Italiana", Nicola Fratoianni, ist einer der vielen prominenten Mitte-links-Politiker, die sich mit Lucano solidarisch zeigen. Fratoianni spricht im Fall Lucano vom Recht auf Ungehorsam. Damit spielt er auf das vor ein paar Jahren von der rechtspopulistischen Partei Lega Nord initiierte "Bossi-Fini"-Gesetz an, das bis heute maßgeblich die Zuwanderung nach Italien regelt. "Verkehrt" und "irregulär" - das sind die Worte, mit denen Fratoianni das Bossi-Fini-Gesetz beschreibt. Es beinhalte keine legalen Möglichkeiten für Einwanderung und gebe kein festes Regelwerk vor, das Konditionen für legale Migration aufzeige. "Das Bossi-Fini-Gesetz fördert auf der einen Seite die inoffizielle Einwanderung und verhindert auf der anderen, dass Bürgermeister\*innen und Institutionen ihrer Pflicht zur Integration voll und effizient nachkommen können. Lucano hat sich diesem Gesetz widersetzt und in Riace ein neues Dorf aufgebaut", so Fratoianni.

### Integrationserfolge als Gefahr für das Einwanderungsnarrativ der italienischen Regierung

Auch Gesine Schwan, die Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission und Mitgründerin der Humboldt-Viandrina Governance Platform, die sich für die Förderung demokratischer Prozesse einsetzt, sprach öffentlich ihre Solidarität für Lucano aus. "Domenico Lucano steht im Gegensatz zur aggressiven, fremdenfeindlichen Politik Salvinis", so Gesine Schwan. Der rechtspopulistische Innenminister Italiens, Matteo Salvini, hatte angeordnet, die Migrant\*innen aus Riace umzusiedeln. Warum unterstützt der Innenminister eines Landes die erfolgreiche Integration von Geflüchteten nicht sondern arbeitet sogar gegen diese? "Das ist einfach", meint Nicola Fratoianni: "Weil sein Ziel ist, jedes mögliche Integrationsmodell und das legale Management des Migrationsphänomens zu zerstören." Das Narrativ, das Salvini in der Gesellschaft festigen will, sei ein einfacher Dreischritt: Migration bedeutet Irregularität und Irregularität bedeutet Kriminalität. Jedes gut funktionierende Integrationsmodell gefährde dieses politische Narrativ, auf dem Salvinis Macht aufbaut. Leoluca Orlando ist seit 2012 Bürgermeister von Palermo, der Hauptstadt der italienischen Insel Sizilien. Orlando ist international durch seinen Kampf gegen die Mafia bekannt. Er ist der Meinung, Salvini sei nicht in der Lage, seine Rolle als Innenminister zufriedenstellend auszufüllen. In dieser Rolle sollte er eigentlich als Garantiegeber gegenseitigen Respekts und

Unwesen treibt. "Der Innenminister macht sich Sorgen um eine sehr kleine Stadt, sagt aber kein Wort über die Mafia." Den Schutz des eigenen, migrationsfeindlichen Narratives der Bekämpfung systematischer Kriminalität und wirtschaftlichem Niedergang vorzuziehen – hier kann man dem Populismus beim Arbeiten zusehen.



funktionierender Interaktion zwischen der Regierung und lokalen Institutionen auftreten. Matteo Salvini und die Regierung aus den beiden populistischen Parteien Lega Nord und MoVimento 5 Stelle würden hingegen genau auf eine Zerstörung dieses institutionellen Systems hinarbeiten.

### Die Definition von Populismus

Das Interesse, das die italienische Regierung an der Zerstörung des Riace-Modells zeigt wird noch unverständlicher, wenn man bedenkt, dass erfolgreiche Integration von Geflüchteten sich direkt negativ auf die Macht der Mafia auswirkt. Migrant\*innen, die auf die Anerkennung ihres Status warten oder illegal im Land sind, sind leichte Beute für die Mafia, die ihnen verschiedene Jobs und damit Beschäftigung und Geld anbietet. Noch paradoxer wird der Fall angesichts der Tatsache, dass Domenico Lucanos Telefon über ein Jahr von Behörden überwacht wurde - "in einer Gegend, beherrscht von `Ndrangheta, die große Teile von Italiens Wirtschaft zerstört hat", betont Fratoianni. 'Ndrangheta ist der Teil der Mafia, der in Kalabrien, im Süden Italiens, sein

#### Die italienische Gesellschaft gespalten

In Italien gab es dutzende spontane Demonstrationen, bei denen tausende Menschen zusammenkamen, um Lucano und das Riace-Modell zu unterstützen. Auf der anderen Seite gibt es genügend Menschen, die weiterhin hinter Salvinis Politik stehen. Gesine Schwan sieht den Grund für den Rückhalt für Matteo Salvini in der italienischen Gesellschaft in der jahrelangen fehlenden Unterstützung der europäischen Nachbarn Italiens (gerade auch der deutschen Regierung) bei der Flüchtlingsaufnahme. "Das war eine Schande." Nicola Fratoianni erklärt den tiefen Riss im italienischen ideologischen Spektrum innenpolitisch: "Salvinis rechtsextreme Bewegung wirft uns vor, Gutmenschen zu sein, als ob der Wunsch, Menschenleben zu retten, eine Dummheit sei und nicht ein Akt des guten Willens." Auf diese Provokationen der Rechten dürfe man nicht eingehen. Vielmehr müsse man die Ebene der verbalen Angriffe verlassen und aktiv soziale Ungerechtigkeit und die Ursprünge der Angst - wirtschaftliche Unsicherheit und die Ungewissheit über die eigenen Zukunft – bekämpfen. Unter der aktuellen

italienischen Regierung wird es aber wohl nicht dazu kommen.

### Unterstützung durch Aufmerksamkeit und Solidarität

Was kann die internationale Gemeinschaft tun, um diesem rechten Trend, nicht nur in Italien aber europaweit, den Wind aus den Segeln zu nehmen? Für Fratoianni ist klar: Alles, was politische Aufmerksamkeit auf die Themen lenkt, auf denen die Rechten ihre Narrative und ihren Konsens aufbauen, ist wichtig. Und auch Gesine Schwan wünscht sich viele Solidaritätsbekundungen für Domenico Lucano, "weil seine Tätigkeit menschlich und politisch die Seele der EU rettet." Eigentlich sollte ein italienischer öffentlicher Sender zu Lucano und seinem Experiment in Riace drehen. Zu dieser Sache gibt es aber seit Wochen

und sollte das Europäische Parlament aber diskutieren, was in Riace passiert." Europa befinde sich heute in einer Krise, das könne niemand bestreiten. Dies sei hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass Europa und seine wichtigsten Institutionen kein Ausdruck mehr der fundamentalen europäischen Werte wären. "Mimmo" Lucano habe ein Modell aufgebaut, das auf Dialog, Partizipation und Gastfreundschaft fußt. Das sind nur einige der europäischen Werte, die in der EU aktuell nur schwer zu finden sind. Dass es im Europäischen Parlament nicht zu einer Aussprache gekommen ist zeugt von einem besorgniserregenden Weg, auf dem Europa sich befindet. Umso wichtiger ist es, dass die internationale Gemeinschaft ihre Augen nicht verschließt vor diesem Fall, der stellvertretend für eine allgemeine Tendenz in Europa steht.

könnte in einer verstärkten Zusammenarbeit ein gemeinsames verkürztes Asylverfahren einführen (wie in Holland), die Abnahme der anerkannten Flüchtlinge garantieren und den europäischen Kommunen anbieten, sich um diese zu bewerben." Diese Kommunen würden sich dann aus einem gemeinsamen kommunalen Integrations- und Entwicklungsfonds die Integration und zusätzlich in gleicher Höhe eigene Investitionen finanzieren lassen. So stellt sich Gesine Schwan eine europäische Lösung vor. Der Bürgermeister von Palermo ist sich sicher, das Riace-Modell könne auch auf andere Ebenen übertragen werden. "Ein kulturelles Modell wie Riace ist auch ein Wirtschaftsmodell, ein Modell gemeinschaftlicher Entwicklung. Es ist nicht einfach ein Gutmenschen-Modell von Gastfreundschaft." Wenn Europa das, vom Standpunkt der Kommunen aus verstehen



Marcuscalabresus / commons.wikimedia.org, CC-Lizenz (CC BY 3.0)

keine neuen Informationen. Nicolo Fratoianni ist sich sicher, dass die italienische Regierung dahinter steckt: "Niemand soll etwas erfahren."

Mehr Aufmerksamkeit wollte auch die Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament schaffen und stellte einen Antrag auf eine Aussprache über den Fall Riace im Plenum. Gegen diesen Antrag stimmte eine knappe Mehrheit unter anderem mit dem Argument, dieses Thema sei ein Fall für die italienische Justiz und keine Frage politischer Entscheidung. Dem stimmt auch Leoluca Orlando zu: "Sicherlich kann sich Politik nicht in das Rechtswesen einmischen." Jedoch kommt er von dieser Erkenntnis zu einem anderen Schluss als die Mehrheit im Europäischen Parlament: "Gerade deswegen kann

#### Was können wir von Riace lernen?

"Eines Tages, wenn wir uns alle dem Genozid der gerade stattfindet – im Mittelmeer und im Balkan wo tausende Menschen Jahr für Jahr sterben – stellen und ihn erklären müssen, wird die Europäische Union nicht auf der Seite der Ankläger stehen sondern auf Seite der Angeklagten", so Leoluca Orlando. "Das heutige Europa verneint sich selbst." Den lähmenden Migrations- und Integrationsregeln in Europa und Italien zum Trotz reagierte Domenico Lucano mit einer bewundernswerten Aktionsbereitschaft, mit Menschlichkeit und Effizient auf ein Phänomen, das sich nicht einfach verbieten oder ausdiskutieren lässt. "Bis heute gibt es in dieser Sache keine solidarische europäische Antwort, obwohl sie möglich wäre. Eine Koalition der Willigen

würde, dann hätten Riace und Mimmo Lucano gewonnen.

Was wir von Riace lernen können ist, dass soziale Ungerechtigkeit Migrant\*innen genauso betrifft, wie europäische Bürger\*innen, die in einer Gegend leben, die droht abgehängt zu werden. Nicolo Fratoianni ist überzeugt, die einzig richtige Reaktion ist Integration und ein neues Modell von Gesellschaft, das sich auf Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit aufbaut. "Ich denke, das ist die einzige mögliche Zukunft für Europa, die ansonsten an Sparpolitik und dem Wiederausbrechen des Nationalismus kaputt gehen wird."

**Jule Simon** KONTRA-Redaktion

### Der Schnee schmilzt immer weiter

Der Klimawandel ist ein Problem, um das sich unsere Urenkel kümmern können? Nein, sagt KONTRA-Redakteurin Vanessa Bossler (KV Emmendingen). Die Folgen des Klimawandels können wir schon heute beobachten - und wir müssen jetzt handeln, wenn wir ihn aufhalten wollen.

ls ich neun Jahre alt war, schneite es Anfang Dezember eine ganze Nacht lang. Auf dem Hof vor dem Haus meiner Eltern hatte sich eine zentimeterdicke Schneedecke gebildet. "Pappschnee" hatte ich ihn genannt und nicht gezögert, schon vormittags meinen Anorak und meine Handschuhe anzuziehen, nach draußen zu gehen und damit zu spielen. Dafür, dass ich den ganzen Hof frei schippte, bekam ich von meinen Eltern zwei Euro. Mit dem ganzen Schnee baute ich in der Mitte des Hofes einen riesigen Haufen, in den ich ein Loch grub. Nach stundenlanger Arbeit stand ich völlig durchgefroren, aber stolz vor meinem selbst gebauten Iglu. Das Iglu stand vier oder fünf Tage lang da, dann war es soweit geschmolzen, dass niemand mehr darin spielen konnte. Als ich zehn Jahre alt war, schneite es noch immer. Das tat es auch, als ich fünfzehn und sechzehn war. Aber es wurde weniger.

In den letzten vier Jahren lag kein Schnee mehr vor dem Haus meiner Eltern. Das Iglu, das ich damals baute, ist nun nur noch eine Kindheitserinnerung. Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden meine Kinder nie in echtem Schnee spielen.

### Die Welt ertrinkt vor unseren Augen

Um nun noch zu behaupten, die Klimaerwärmung sei eine "Erfindung der Chinesen", ist es zu spät. Selbst bei uns in Südwestdeutschland ist der Klimawandel angekommen. Dabei tragen die Industriestaaten die Hauptschuld an der Erwärmung der Erde. Produzierendes Gewerbe, Verkehr und die Haltung von Unmengen an Nutztieren treiben den CO²-Ausstoß und somit die globalen Durchschnittstemperaturen in die Höhe.

Daraus folgt, dass Gletscher, die über hunderte von Jahren hinweg existiert haben, plötzlich anfangen zu schmelzen und das geschmolzene Wasser der Gletscher sich mit Meerwasser mischt. Das Resultat: ein steigender Meeresspiegel. Besonders tiefer gelegene Gebiete und Inseln sind vom Absinken und von Sturmfluten bedroht. In den Philippinen, an der amerikanischen Westküste und an vielen anderen Orten der Welt mussten Menschen bereits ihre Häuser aufgeben, um nicht im Meer zu versinken. Jakarta in Indonesien sinkt jedes Jahr um bis zu 25 Zentimeter ab, während die Regierung des Landes bereits nach einer

neuen Hauptstadt sucht. In den europäischen Nachrichten sehen wir, wie Italien mit Überschwemmungen zu kämpfen hat, die bereits die ersten Menschenleben gekostet haben.

### Eine Gefahr für Mensch und Tier

Problematisch ist der steigende Meeresspiegel auch in der Arktis. Die feste Eisdecke in der Arktis wird immer kleiner und instabiler, womit der Lebensraum diverser Tierarten verloren geht. Beispielsweise wurden bei der letzten Zählung nur noch 900 Eisbären erfasst. Viele weitere Arten sind vom Aussterben bedroht.

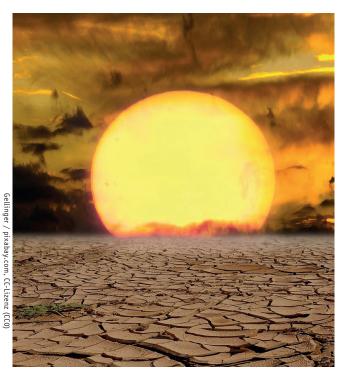
Doch nicht nur Tiere sind vom Klimawandel gefährdet. Besonders in den Ländern in der Nähe des Äquators steigt die Temperatur dramatisch an. Dörfer werden von Missern-

ten geplagt werden, weil der Boden überhitzt und die lang ersehnte Regenzeit im tropischen Raum einfach ausbleibt. Einer der Gründe, warum Menschen ihre Heimat zurücklassen, um zu uns nach Europa zu kommen, ist, dass in ihrer Heimat kein Regen mehr fällt und sie daher ihre Felder nicht mehr bestellen können. Die Lebensmittelpreise in ostafrikanischen Staaten wie beispielsweise Somalia oder Äthiopien schießen in die Höhe. Bis zum Jahr 2035 dürften laut Weltklimarat mehr als 200 Millionen Geflüchtete weltweit ihre Heimat aufgrund des Klimawandels verlassen haben.

### Verantwortung übernehmen?

Es ist höchste Zeit, dass wir unseren Blick öffnen. Der Klimawandel bedroht Europa zwar momentan nicht so stark wie Afrika, Südamerika oder Südostasien, aber er wird auf uns zurückfallen. Klimakatastrophen, die immer näher auf uns zukommen, wie beispielsweise die Ereignisse in Italien in diesem Jahr, führen uns dies vor Augen.

Die Hauptverantwortung für den Klimawandel tragen moderne Produktionsunternehmen. Trotzdem interessieren sich die Konzerne der Industrieländer wenig dafür, ob die Auswirkungen des Klimawandels in den Entwicklungsländern zu spüren sind



oder nicht. Warum auch? Bis die Industriestaaten aufgrund ihrer geographischen Lage so viel vom Klimawandel zu spüren bekommen, dass ihnen ein menschenwürdiges Leben erschwert wird, ist die Zeit der Topmanager vorübergegangen. Noch bemerken wir nur, dass kein Schnee mehr fällt. Erst die nächste oder übernächste Generation unserer Breitengrade wird die Folgen des Klimawandels so schwerwiegend spüren, dass sie bereit wären, etwas dagegen zu tun. Bis dahin können europäische, amerikanische oder chinesische Großunternehmer auf Kosten des Klimas in Saus und Braus leben.

Auch die einzelnen Bürgerinnen und Bürger dieser Länder wollen keine Verantwortung für Entwicklungsländer oder die nachfolgenden Generationen übernehmen, denn die schwerwiegenden Konsequenzen sind noch lange nicht bei uns angekommen... oder etwa doch?

Vanessa Bossler KONTRA-Redaktion

### **Quel Malheur!**

Die Bewegung von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron möchte zur Europawahl im kommenden Jahr eine breite proeuropäische Bewegung über das klassische Links-Rechts-Spektrum hinweg aufbauen. Was charmant klingen mag, ist ein Bärendienst für das Spitzenkandidat\*innensystem und gefährdet die Demokratisierung der Europäischen Union, kritisiert unser ehemaliger Chefredakteur Sebastian Schöneck (Kreisverband Esslingen) in seinem Gastbeitrag. Die deutsche und europäische Sozialdemokratie müsse nun die richtigen Schlüsse daraus ziehen.



ChequeredInk / pixabay.com, CC-Lizenz (CCO)

ie sagt man so schön: "Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert." Wie wahr wird das für das Europawahljahr 2019! Denn was die Freund\*innen Europas einen soll, das gefährdet ihren Zusammenhalt. Aber der Reihe nach... Was ist passiert?

französische Präsident Der Fmma-Macron lehnte nicht nur den Spitzenkandidat\*innen-Prozess zur Europawahl ab, sondern ließ Christophe Castaner, den Vorsitzenden von "En Marche", verkünden, dass man zudem mit keiner Gruppierung zusammenarbeiten werden, die die Spitzenkandidat\*innen-Übereinkunft unterstützt. Stattdessen wolle "En Marche" eine neue europaweite pro-europäische Bewegung aufbauen, die sich gegen Nationalismus und Populismus stellen und die klassischen politischen Lager in Europa auflösen soll. Den nationalen Egoismen die Stirn bieten, natürlich kann man da nur sagen: Chapeau!

### Politisches Copy and Paste?

Doch ist diese Plattform nichts weniger als der Versuch einer kleinen Revolution: Macron zielt offen auf eine Zerschlagung des europäischen Parteiensystems ab, um dann die Überreste hinter sich zu versammeln. Es klingt, als versuche er den Mechanismus, der ihn unter anderen Vorzeichen und Spielregeln 2017 in den Élysée-Palast gebracht hat, nun auf die europäische Ebene zu transferieren.

Das mag vermessen anmuten, ist aber rational verständlich: Schließlich hätte En March allein nach der Europawahl kaum Einfluss auf die Wahl des Kommissionspräsidenten. Und natürlich ist es für die Bewegung optimal, wenn die Europawahl in Frankreich als bloßer Dualismus zwischen "En Marche" und dem Front National (die ja jetzt auch offiziell "Rassemblement National" heißen) wahrgenommen wird. Das könnte den Wahlsieg sichern.

Die ersten Konsequenzen folgten bald: Die liberale ALDE-Fraktion im EU-Parlament lehnte den Spitzenkandidat\*innen-Prozess ebenfalls ab – frei nach dem Motto: weil wir ihn ohnehin nicht gewinnen können. Wie offenbarend.

Ein europäischer Frühling für die Staats-

#### und Regierungschefs

Doch das ist kurzsichtig und fatal. Dem pro-europäischen Lager droht durch diese Rhetorik nicht nur eine Spaltung in die "alten Parteifamilien" und Macrons neue Sammelbewegung. Es wird zudem ohne einen gemeinsamen Konsens aller progressive Kräfte im Parlament zum Spitzenkandidat\*innen-Mechanismus möglich, dass die Staats- und Regierungschefs 2019 nicht den politischen Wahlgewinner oder gar einen Kommissionspräsidenten jenseits aller Spitzenkandidat\*innen zur Wahl vorschlagen. Die Anzahl unter nationalen Führungspersönlichkeiten, die ein solches Exempel gerne statuieren würden, ist nicht zu unterschätzen. Und Emmanuel Macron sitzt als gewichtiger Akteur dann ebenfalls mit am Tisch.

Erst 2014 ist es dem europäischen Parlament mit Mut und Weitblick gelungen, eben diesen Staats- und Regierungschefs das Heft des Handels in der gemeinsamen Auswahl des Kommissionspräsidenten zu entreißen. Das Fundament für diesen Coup bildete eine Übereinkunft der pro-europäischen Fraktionen im Europaparlament, ge-

meinsam alle Kandidierenden für das Amt des Kommissionspräsidenten abzulehnen, die nicht zuvor Spitzenkandidat\*in einer der europäischen Parteifamilien bei der Europawahl gewesen war. Auch wenn der mobilisierende Effekt des Duells zwischen Martin Schulz und Jean-Claude Juncker angesichts schwacher Polarisierung überschaubar war, gelang es doch im Nachgang eine Verbindung zwischen der Europawahl und der Besetzung des höchsten politischen Amtes in der EU zu schaffen. Hinter diesen Erfolg darf das europäische Projekt 2019 in keinem Fall zurückfallen.

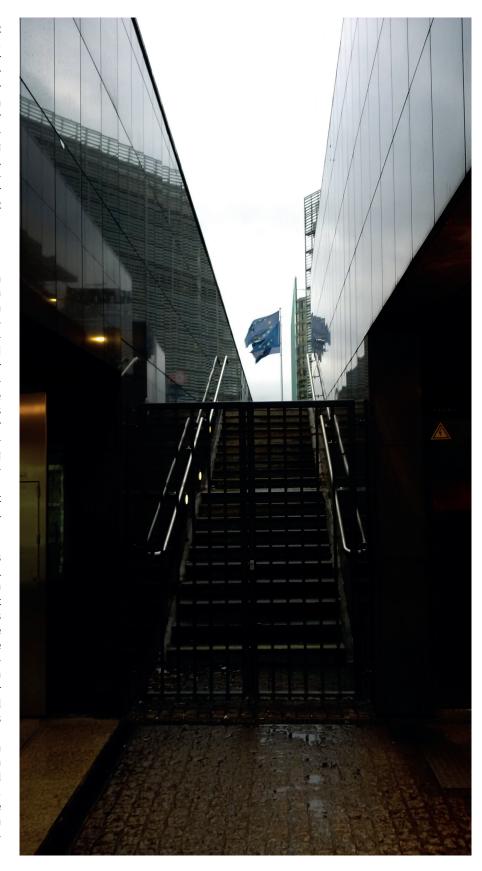
### Worum es eigentlich geht

Vielmehr müsste 2019 der zweite Schritt in einer Entwicklung sein, die langfristig in der Anbindung der gesamten Kommission an die politischen Mehrheiten im Parlament mündet. Welch eine Vision: Die Entscheidung der Bürger\*innen Europas bei der Europawahl bildet die Grundlage für die politische Zusammensetzung und Ausrichtung der EU-Exekutive - guasi so, wie man das aus nationalen Wahlen kennt. Das vielbeschworene "Demokratiedefizit" der EU, der falsche Vorwurf an die Kommission, eine ungewählte Bürokratenregierung zu sein, der Charakter der EU-Wahl als irrelevante Wahl zweiter Ordnung, die zum politischen Experimentieren und Protest einlädt - alles könnte irgendwann einmal Schnee von gestern sein.

Doch damit das funktioniert, braucht es den politischen Wettbewerb. Denn viel wichtiger als die formelle Frage, wer den europäischen Spitzenposten besetzt, ist doch, dass die EU als politische Arena, als "Entscheidungsraum" für möglichst viele Menschen erfahrbar wird. Viele wichtige Fragen werden heute in Brüssel entschieden – deshalb ist es unabdingbar, dass sich damit eine Auseinandersetzung konkreter politischer Alternativen verbindet und Entscheidungen nicht nur das Ergebnis von Deals zwischen Regierungschefs im Hinterzimmer sind, für die im schlimmsten Fall nachher niemand verantwortlich sein will. Nur im politischen Wettbewerb wird erkennbar, wer was warum entscheidet. Und deshalb ist der pointierte politische Streit in der Mitte so wichtig. So werden Entscheidungen transparenter und das supranationale Gebilde selbst legitimiert.

### Die Europawahl ist keine Abstimmung für oder gegen Europa

Und genau an diesem Punkt mutiert der pro-europäische Hoffnungsträger Macron vom Teil der Lösung zum Teil des Problems. Denn gerade jetzt, da die Chancen für Rechtspopulist\*innen und Nationalist\*innen so günstig sind wie nie



in der jüngeren europäischen Geschichte, wird einer Entscheidung pro Europa vs. gegen Europa das Wort geredet. Ein gefährlicher Rückschritt.

Denn es ist einfach die falsche Frage, ob man für oder gegen Europa ist. Entscheidend ist doch, wer sich für welches Europa einsetzt! Welche Kernthemen sollen in den kommenden fünf Jahren in Brüssel im Zentrum stehen? Wer hat umsetzbare Vorschläge zur Reform der Wirtschafts- und Währungsunion? Oder eben: Hat man zu alldem nichts zu sagen?

Ja, es freut mich, dass die Zustimmung zur EU auf neue Rekordwerte klettert. Aktionen wie Puls of Europe sind ein Geschenk,

die pro-europäische Stimmungen bei vielen jungen Menschen ein Schatz. Aber wir dürfen bitte nicht den Fehler machen, angesichts dieses diffusen Potentials politisch hoffnungsfroh ins Nichts der ungreifbaren Europhilie zu tänzeln.

Setzt sich das alles am Ende nicht in konkrete legislative Vorschläge und parlamentarische Mehrheiten um, wird es ein toxisches Weiterwursteln in Brüssel geben. Geht von dieser Wahl und der neuen Kommission keine klare Reformagenda mit einer belastbaren Unterstützung aus, werden sich die immer mächtigeren Staatsund Regierungschefs weiter bei jeder wesentlichen Frage uneinig sein dürfen, während sich die europäischen Institutionen motiviert auf Nebensächlichkeiten stürzen.

#### Die richtigen Konsequenzen ziehen

1. Widersprüche und Leerstellen benennen. Wenn sich die deutsche FDP als pro-europäischer Bruder Macrons verkauft, trieft das vor Ironie: Denn gerade die deutschen Liberalen gehören zu den entschiedensten Gegnern einer Vertiefung der Wirtschaftsund Währungsunion à la Macron. Und jetzt wollen sie im Wahlkampf oder gar im Parlament gemeinsam predigen? Macht es also konkret - dann sind FDP und "En March" wie der Teufel und das Weihwasser.

2. Mut zum Konflikt - konkret und an der richtigen Stelle. Es braucht keine konstruierte Identität- und Kulturdebatte zwischen Kreuzberg und Chemnitz, zwischen kosmopolitisch-liberal und identitär-nationalistisch, bei der man ganz beguem pro Europa sein kann. Die SPD müsste vielmehr handfeste Fragen wie fair regulierte Kapitalmärkte und funktionierende Besteuerungssysteme zuspitzen und erklären, was es für ein Ende der Nullzins-Politik mit einer stabilen, balancierten Währungsunion braucht. Da muss es Reibung geben, das ist Sinn dieser Wahl! Auch bei der Frage nach dem optimalen Rahmen für die Energie- und Verkehrswende darf sich die SPD keinem Relativismus hingeben. Die Vision

einer engeren europäische Außen- und Sicherheitspolitik müsste mit Maßnahmen wie beispielsweise einer gemeinsamen Rüstungsbeschaffung unterlegt sein.

3. In Berlin endlich liefern. Vermutlich hat die Kamikaze-Strategie Macrons' auch etwas damit zu tun, dass ihm die Bundesregierung eine substanzielle und verbindliche Antwort schuldig geblieben ist. Dafür, dass die zentralen Argumente für diese fatale neue Regierungsbeteiligung "Handlungsfähigkeit" in der EU und ein Kurswechsel in der deutschen Europapolitik waren, bewegt sich erschreckend wenig. Die Bundesregierung erscheint in Brüssel immer weniger als Gestalter, und schon gar nicht als Ideengeber. Das ist zu wenig. Die deutsche Sozialdemokratie kann bei der Europawahl zeigen, dass sie es besser kann - in der Kampagne, aber auch durch entsprechendes Handeln in Berlin.

**Sebastian Schöneck** ehem. KONTRA Chefredakteur

### The Blue Wave?

Am 06. November 2018 fanden die Midterm-Elections statt. Die Demokraten haben dabei das Repräsentantenhaus zurückerobert und können jetzt Gesetzesprojekte von US-Präsident Trump blockieren. Der ehemalige stellvertretende Landesvorsitzende, Lukas Hornung (Kreisverband Lörrach), war zum Zeitpunkt der Wahl Student an der American University in Washington D.C. und gibt einen Ausblick, wie die Midterms die nächsten Monate und die Präsident\*innenschaftswahl 2020 beeinflussen werden.

Der erste Dienstag des Novembers ist traditionell der Wahltag für Millionen Amerikaner\*innen Alle zwei Jahre werden hier die Kongressabgeordneten neu gewählt. Zusätzlich muss sich auch ein Drittel der Senator\*innen (Amtszeit von 6 Jahren) der Wahl stellen. In den Tagen und Wochen davor gab es deshalb bei den politischen Strateg\*innen in der amerikanischen Hauptstadt und auf der ganzen Welt nur ein Thema: "Will the Blue Wave crush Trump?" (zu Deutsch: Wird die blaue Welle über Trump hinwegfegen?).

### Von einer Blue Wave ist in Texas und Florida nichts zu spüren

Besonders beobachtet wurden hierbei die zwei Rennen um die Senatsposten in den bevölkerungsreichen, wirtschaftlich starken und aus diesem Grund besonders wichtigen Staaten Texas und Florida. Beto o'Rourke, demokratischer Hoffnungsträger im Staate der Cowboys, lieferte sich mit Amtsinhaber Ted Cruz ein Kopf-an-Kopf-Rennen, unterlag diesem aber knapp. Mit 48 Prozent erzielte er dennoch einen beachtlichen Erfolg für die Demokraten,

denn Texas ist seit den 70ern eigentlich fest in republikanischer Hand.

Schon vor dem knappen Ergebnis war der Staat immer mehr in den Fokus der Demokraten gerückt, die künftig dort noch mehr Ressourcen investieren werden. Die erneute Wahl von Ted Cruz zeigt aber auch, dass die alte Allianz der Republikaner mit den evangelikalen Christen (zu denen auch Cruz gehört) weiter stabil hält. Sie hat Cruz sein Mandat gesichert und nimmt den Demokraten vorerst die Hoffnung Texas zu "flippen".

In Florida lassen sich einige Vorzeichen für die Präsidentschaftswahl ablesen. Der demokratische Senator Bill Nelson wurde vom Republikaner Rick Scott herausgefordert und verlor denkbar knapp - damit sind nun beide Senator\*innenposten in der Hand der Grand Old Party. Auch im Duell um das Gouverneursamt hatten die Demokraten das Nachsehen. Das bedeutet, dass im Sunshine State in den nächsten Jahren die Republikaner freie Hand haben um ihr "Ground Game" weiter auszubauen. Damit ist die im amerikanischen Wahlkampf so

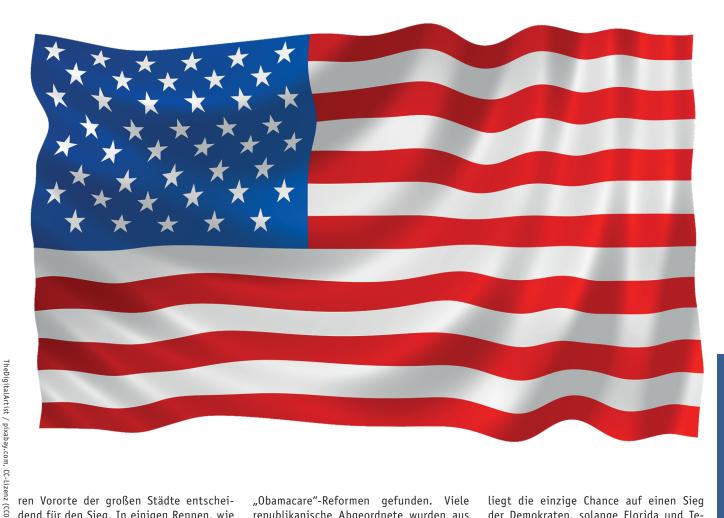
wichtige Rekrutierung von Freiwilligen für Wahlkämpfe, aber auch die Vernetzung mit relevanten Playern in den Communities, wie etwa den Kirchen, gemeint. Als einer der wichtigsten Battleground- / Swing States ist Florida nun ein zentraler Baustein für Trump und die Republikaner, um die Mehrheit bei der Präsidentschaftswahl 2020 zu sichern.

Die Auswirkungen dieser Ergebnisse in den beiden Schlüsselstaaten weichen stark von dem ab, was viele deutsche Analyst\*innen meinten vorherzusehen. Florida und Texas stimmen pessimistisch für einen demokratischen Erfolg 2020. Von einer Blue Wave war zumindest hier nichts zu spüren.

#### Die Hoffnung liegt im Mittleren Westen

Der Mittlere Westen und der Rust-Belt gelten als Herzstück des "Trump Country"; hier verzeichnete er entscheidende Siege bei der Wahl 2016. Trotzdem konnten die Demokraten ihre Senatsposten in Pennsylvania, Ohio, Michigan und Wisconsin teils sehr deutlich verteidigen. Dabei waren, wie schon in den Jahren zuvor, die reiche-





ren Vororte der großen Städte entscheidend für den Sieg. In einigen Rennen, wie etwa bei Senator Sherrod Brown aus Ohio, waren demokratische Kandidaten erfolgreich, in dem sie Trumpsche Kernthemen, etwa die protektionistische Haltung in Handelsfragen, übernommen haben. Mit dem richtigen Kandidaten bei der Wahl 2020 wird dies vermutlich die "Winning Formula" sein, um den mittleren Westen und damit wichtige Swing States wie Ohio - wieder für die Demokraten zu gewinnen.

#### Die Lage im Kongress

Überall in den USA war das Gesundheitssystem der entscheidende Streitpunkt während des Wahlkampfes. Obwohl vormals aufs Schärfste von vielen Seiten bekämpft, haben die Amerikaner\*innen mittlerweile großen Gefallen an den

"Obamacare"-Reformen gefunden. Viele republikanische Abgeordnete wurden aus dem Amt verdrängt, weil sie gemeinsam mit ihrer Partei versucht hatten, diese Reformen zurückzunehmen. Wegen dieser Stimmung in der Bevölkerung haben die Demokraten das Gesundheitssystem zum Top Thema der Midterms gemacht. Diese Strategie hat ihren Erfolg bewiesen: Im Repräsentantenhaus haben die Demokraten maßgeblich deshalb nun eine leichte Mehrheit. Diese werden sie voraussichtlich dafür nutzen, das Thema mit weiteren Initiativen aktuell zu halten und auch bei der Wahl 2020 in den Mittelpunkt zu stellen.

### Was für 2020 entscheidend wird

Die entscheidenden Schlachten der nächsten Präsidentschaftswahl werden im Mittleren Westen geschlagen werden. Hier

liegt die einzige Chance auf einen Sieg der Demokraten, solange Florida und Texas weiter in der Hand der Republikaner bleiben. Dabei gilt es die verlorenen Wählerschichten, maßgeblich weiße Männer mittleren Alters, wieder für die Partei zurückzugewinnen. Mit den richtigen Kandidat\*innen und dem Fokus auf eine Reform des Gesundheitssystem, könnte sich Trump sogar mit Inhalten schlagen lassen. Dabei bleibt aber zu hoffen, dass die Demokraten für einen Sieg 2020 nicht zu weit nach rechts rücken um mehr Wähler zu gewinnen - denn dann laufen sie in Gefahr ihre eigenen Ideale zu verraten. Eines zeigt sich jetzt umso deutlicher: Die Wahl Trumps hat die USA in Gänze deutlich weiter nach rechts gerückt.

Lukas Hornung

ehem. stellvertretender Landesvorsitzender

### WEITER GEHT'S IM NETZ!



Spannende Debattenbeiträge und Berichte über das Verbandsleben findet ihr auch online auf der KONTRA Facebookseite unter https://www.facebook.com/ Das.Kontra oder auf unter kontra.jusos-bw.de/kontra-tv.

### Ich hab da noch 'ne Hausarbeit...

- könnt Ihr die drucken!?" Antworten auf diese und weitere Fragen rund um die Einstellung und Einreichung eines Artikels für das KONTRA und die wichtigsten Tipps auf dem Weg zu einer glücklichen Redaktion findet Ihr hier.

Kündigt Euren Artikel bitte bis spätestens eine Woche vor Redaktionsschluss (der ist jeweils der Homepage jusos-bw.de unter Termine zu entnehmen) an – so erreichen wir als Redaktion die nötige Planungssicherheit bei der Gestaltung einer KONTRA-Ausgabe. Artikel könnt Ihr dem/der RedakteurIn Eures Vertrauens zuschicken oder einfach an kontra@jusos-bw.de.

### Hinweise zum Format Eurer Artikel

Bitte reicht eure Artikel stets als Word-Dokumente (doc/docx), reine Text-Dateien (txt) oder als E-Mail-Text ein. Die Artikel sollten im Wesentlichen unformatiert sein (nichts fett, kursiv oder unterstrichen). Was Absätze und Zwischenüberschriften angeht, dürft Ihr kreativ sein. Allerdings helft Ihr uns außerordentlich, wenn Ihr folgendes Schema einhaltet:

- 1. Überschrift
- 2. Sub-Überschrift (2-3 Sätze, die die Einleitung des Artikels darstellen))
- 3. Tex

- 4. Autor
- 5. Kreisverband des Autors

#### Hinweise zu Fotos

Bitte liefert immer die Fotos zu Euren Artikeln mit.

Pro 6000 Zeichen solltet Ihr mindestens 3 Bilder mitschicken, damit das Layout-Team eine entsprechende Auswahl hat und Eure Artikel entsprechend gut zur Geltung kommen.

Eure Fotos sollten im JPEG-Format und möglichst hochauflösend sein (300 dpi). Außerdem müssen wir die Fotos benutzen dürfen. Das heißt, entweder seid Ihr die Rechteinhaber, weil Ihr die Fotos selbst gemacht habt oder Mit-Jusos ihr Einverständnis zur Verwendung ihrer Bilder gegeben haben. Oder aber, Ihr dürft die Fotos aufgrund bestimmter Lizenzen an Foto-Tauschbörsen etc. benutzen. Dann müsst Ihr in der Regel den Namen des/der RechteinhaberIn (oft der Fotograph) und

die Quelle, sowie ggf. die jeweilige Lizenz mit angeben (z.B.: Kai Gräf, jugendfotos. de, Creative Commons License).

Gebt Name des/der RechteinhaberIn, Quelle und ggf. Lizenz bitte im Dateinamen des Fotos an, dann geht er nicht verloren.

#### Hinweise zu den Textlängen

Zum Abschluss noch einige grundsätzliche Hinweise zu den Textlängen, damit wir möglichst Eure Artikel in einer Ausgabe unterbringen können:

Bitte visiert eine Textlänge von ca. 4000 Zeichen oder maximal 8000 Zeichen an.

Für alles Weitere: Haltet bitte Rücksprache mit dem/der RedakteurIn Eures Vertrauens.

Wichtig: Alle Zeichenangaben sind inklusive Leerzeichen zu verstehen. Die Zeichenzählung findet Ihr bei Word unter "Extras > Wörter zählen".

### Impressum.

Das KONTRA-Magazin wird organisiert, mit Inhalten gefüttert, gestaltet und generell umsorgt von:

### Gewählte Redaktion



Timo Lorenz Chefredakteur



Vanessa Bossler Redakteurin für das Print-Magazin und den Online-Blog



Matthias Eckmann
KONTRA TV



Kathrin Morasch Redakteurin für das Print-Magazin und den Online-Blog



Adrian Pelz Redakteur für das Print-Magazin und den Online-Blog



David Schwarz Redakteur für das Print-Magazin und den Online-Blog



Jule Simon Redakteurin für das Print-Magazin und den Online-Blog

Freie Redaktion

Marvin Amrehn, KONTRA TV
Jamie Day, Print/Blog
Mareike Hund, Print/Blog
Maximilian Kremer, KONTRA TV
Victoria Marciniak, Print/Blog
Stefanie Rapp, Print/Blog
Julius Siebert, Print/Blog

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben ausschließlich die Meinung der Autorin respektive des Autors wieder. Bilder im Heft: KONTRA-Redaktion; die mit "pixabay.com", "flickr.com" und "Wikimedia Commons" gekennzeichneten Fotos unterstehen der Creative Common License, sofern nicht anders gekennzeichnet.

#### V.I.S.D.P.

Juso-Landesvorstand Wilhelmsplatz 10 70182 Stuttgart 0711 / 619 36 - 42

### Gib >kontra!

### Das Kontra im Abonnement

Du willst wissen, was so los ist im Juso-Landesverband? Du willst Meinungsaustausch und Hintergrundartikel, Promi-Interviews, Reportagen und Fotos von Deinen KreisverbandskollegInnen?

All das gibt es schon für 10,00 Euro im Jahr. Einfach das KONTRA abonnieren: Coupon ausfüllen und ans Juso-Landesbüro schicken.

Wir freuen uns auf Dein Abo,

Deine KONTRA-Redaktion





### **ABOVERTRAG**

### Ja, ich abonniere das Kontra.

ie Bezahlung erfolgt für ein Jahr im Voraus. Das Abonnement verlängert sich automatisch jeweils um ein Jahr, wenn es nicht zwe onate vor Jahresfrist gekündigt wird. Die Mindestdauer eines Abos beträgt ein Jahr.
Das Förderabo für (mindestens 20,00€) im Jahr
Das Normalabo für 10,00€ im Jahr

### MANDATSERTEILUNG, SEPA-LASTSCHRIFTMANDAT

(Gläubiger-ID: DE11ZZZ00000277288 | Mandatsreferenz-Nr.: wird per E-Mail mitgeteilt)

	temberg den für das Abonnement der Zeitschrift KONTRA fälligen Betrag von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehn.
Name	Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Juso-Landesverband Baden-Württemberg auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.
Vorname	Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlan- gen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten
Straße, Hausnummer	Bedingungen.
PLZ Ort	IBAN
Emailadresse	BIC

Dieses Abo kann innerhalb von 10 Tagen schriftlich wiederrufen werden.

Datum Unterschrift

Das KONTRA kannst du auch ganz bequem online abonnieren unter: www.kontra.jusos-bw.de/das-magazin

Den ausgefüllten Coupon bitte an:

Juso-Landesverband Wilhelmsplatz 10 70182 Stuttgart

Telefon: 0711 / 619 36 - 42 Fax: 0711 / 619 36 - 48

Hiermit ermächtige ich den Juso-Landesverband Baden-Würt-

E-Mail: landesbuero@jusos-bw.de



